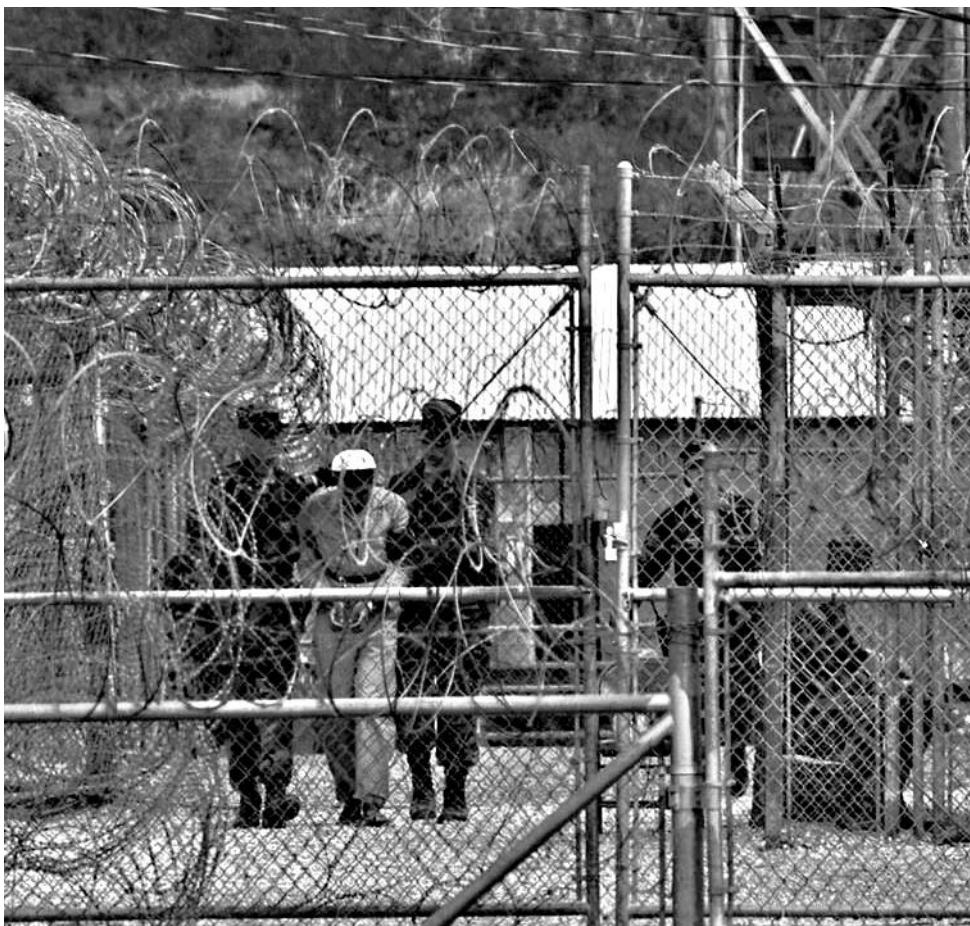


Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Hartz IV angepasst: Probleme bleiben – Seite 4**
- **Die Nato-Mächte im Nahen und Mittleren Osten:
Der Krieg weitet sich aus – Seite 5**
- **Aufruf zur Gründung einer neuen Linken – Seite 10**
- **Kontroverse um Preisverleihung an den österreichischen
Schriftsteller Peter Handke:
„Fragen stellen, Dinge in die Schwebe bringen und vom
Rand aus beobachten“ – Seite 13**

Ausgabe Nr. 12 am 16. Juni 2006, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTAGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation : Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

NRW beschließt Berufsverbot für Lehrerinnen mit Kopftuch

epd u.a., 8.6. scc. Als achtes Bundesland hat nun auch NRW ein Kopftuchverbot erlassen. Mit den Stimmen von CDU und FDP verabschiedete der Landtag am 31.5. ein Gesetz, in dem es – ohne dass das Wort „Kopftuch“ im Text auftaucht – heißt: „Insbesondere ist ein äußeres Verhalten unzulässig, welches bei Schülerinnen und Schülern oder den Eltern den Eindruck hervorrufen kann (!), dass eine Lehrerin oder ein Lehrer gegen die Menschenwürde, die Gleichberechtigung ... und die freiheitliche Grundordnung auftritt.“ Ausgenommen werden „christliche“ und „abendländische“ Werte, Kruzifix und Nonnenstracht bleiben ebenso erlaubt wie die jüdische Kippa. Derzeit tragen 20 Lehrerinnen in NRW ein Kopftuch. Sie sind nun von einem Berufsverbot bedroht. Gegen die Entscheidung des Landtags regt sich Widerstand. Die 50 Lehrerinnen und Lehrer am Georg-Büchner-Gymnasium in Düsseldorf – hier ist eine der betroffenen Lehrerinnen tätig – haben beschlossen, demnächst mit Kopftuch zu unterrichten; sie wollen für die Betroffene kämpfen, und der Direktor ließ wissen, er sei nicht der „Handlanger des Landtags“. Die Landesregierung droht mit disziplinarischen Maßnahmen. Die LandesschülerInnenvertretung verabschiedete eine Resolution, in der sie sich einerseits „gegen religiöse Symbole jeglicher Art in der Schule“ aussprach, sich aber andererseits dagegen wandte, „dass [das Verbot] nur für bestimmte Gruppen gilt“. Eine Konferenz evangelischer Frauenbeauftragter der westfälischen Kirche kritisierte das Kopftuchverbot und machte u.a. geltend, dass ein Kopftuch bei muslimischen Frauen zunehmend ein Zeichen der Selbstbestimmung sei. Sie trügen es als Ausdruck ihrer individuellen religiös motivierten Entscheidung. Islamische Verbände protestierten gegen das Berufsverbot.

Weg von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen oder durch nationalstaatliche Gesetze nach Anhörung der Sozialpartner abweichend von den Bestimmungen der Richtlinie längere Arbeitszeiten als durchschnittlich 48 Stunden/Woche festgelegt werden können. Damit stieß die EU-Präsidentenschaft das EU-Parlament vor den Kopf, das gefordert hatte, diese jetzt noch bestehende Opt-out-Regelung nach drei Jahren aus der Richtlinie zu streichen. Gegen die Streichung agierten vor allem die BR Deutschland und Großbritannien, während Frankreich, Belgien, Portugal und Spanien vehement für die Streichung der Ausnahmeregelung eintraten. Die Abgeordnete Zimmer erklärte, dass, würden die Vorschläge der österreichischen EU-Präsidentenschaft Gesetz, dann selbst die sehr schwache Begrenzung der maximalen Arbeitszeit vollständig ausgehöhlt werde.

Zeit für Pflege

www.sovd.de, 12.6. alk. Der Sozialverband Deutschland hat jetzt einen Gesetzentwurf für eine sogenannte Pflegezeit vorgelegt. Der SoVD-Präsident Adolf Bauer erläutert die Zielsetzung:

Wenn ein Mensch pflegebedürftig wird, tragen Angehörige eine große Verantwortung: es muss schnell entschieden werden, wie der Pflegebedürftige gut versorgt werden kann. Das ist gerade für berufstätige Angehörige, die womöglich weit entfernt leben, eine schwierige Situation. Die Lösung ist ein Anspruch auf eine berufliche Auszeit oder eine vorübergehende Verringerung der Arbeitszeit. Der Sozialverband Deutschland fordert daher die Einführung eines Pflegezeitgesetzes. Ziel ist, für Angehörige von Pflegebedürftigen einen rechtlichen Anspruch auf eine befristete, unbezahlte Freistellung von der Arbeit zu schaffen. Der vom SoVD erarbeitete Gesetzentwurf sieht vor, dass Arbeitnehmer bis zu sechs Monate unbezahlt freigestellt werden können. Eine einmalige Verlängerung für höchstens weitere sechs Monate ist möglich. Die Pflegezeit kann bei einem Pflege- oder Krankheitsfall in Anspruch genommen werden. Der Begriff der Pflegebedürftigkeit muss dabei weiter gefasst werden als die enge Definition von Pflegebedürftigkeit in der Pflegeversicherung. Die Pflegezeit kann zur Pflege oder zur Organisation einer professionellen Pflege genutzt werden, aber auch zur Sterbegleitung. Für Angehörige, die die Pflege übernehmen oder diese organisieren, wird der Arbeitsplatz gesichert. Sie erhalten ein Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz. Von der Pflegezeit profitieren auch die Arbeitgeber: Einer Überlastung von Mitarbeitern durch

Politische Berichte

- zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

EU-Arbeitszeitrichtlinie umkämpft

Die Linke im EP, 1.6. scc. Der Vorstoß der österreichischen EU-Präsidentenschaft, die EU-Arbeitszeitrichtlinie weiter auszuhöhlen, ist zumindest vorerst gescheitert. Der Sozialministerrat konnte sich Anfang Juni erneut nicht einigen. Die österreichische Regierung hatte vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten per Gesetz abweichende Regelungen für Arbeitnehmer mit mehr als einem Beschäftigungsverhältnis erlassen könnten. Mit dieser Regelung wäre es dann möglich, dass die maximal zulässige Wochenarbeitszeit von 48 Stunden überschritten wird. Außerdem wollte der Vorschlag erreichen, dass auf dem

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Pflege und Beruf wird vorgebeugt und es besteht Planungssicherheit. Die Einführung einer Pflegezeit wäre ein wichtiger Beitrag zu einer besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Wir werden in Gesprächen insbesondere mit Vertretern der Großen Koalition für dieses Konzept werben und uns für seine Umsetzung stark machen.

„Standort Deutschland“ international gesehen

ngo-online.de. Einer Studie des Wirtschaftsprüfungsunternehmens Ernst & Young zufolge betrachten internationale Unternehmen Deutschland als den „attraktivsten Standort in Europa“. Im weltweiten Ranking belegen Deutschland Platz drei hinter den USA und China, teilte die deutsche Bundesregierung mit. Die Ergebnisse basierten auf einer im Februar und März bei 1019 international tätigen Unternehmen durchgeföhrten Umfrage. 18 Prozent der Unternehmen hätten Deutschland als einen der drei attraktivsten Standorte weltweit bezeichnet. Besonders geschätzt wird Deutschland nach Darstellung der Bundesregierung für seine Infrastruktur, die Qualität von Forschung und Entwicklung, die gute Ausbildung der Arbeitskräfte und die Attraktivität des Binnenmarktes.

In der Gunst internationaler Investoren habe Deutschland „mit verbesserten Rahmenbedingungen deutlich zugelängt“. Aber auch die neue Dynamik und der wiedererwachende Optimismus in Deutschland werden von Investoren geschätzt – schreibt jedenfalls die Bundesregierung. Weltweit gelten offenbar die Vereinigten Staaten und China bei den Konzernen mit jeweils 41 Prozent als attraktivste Standorte. Hinter Deutschland folgen Indien (18 Prozent) und Polen (15 Prozent) auf dem vierten und fünften Platz.

Wenn es um die Einrichtung von Logistikzentren sowie Grafik- und Design-Werkstätten gehe, sei Deutschland weltweit sogar die erste Wahl. Bei Forschung und Entwicklung und „Verwaltungen“ teile sich Deutschland Platz eins mit den USA. Die Mehrzahl der befragten Unternehmen gehe davon aus, dass die Attraktivität des Standorts Deutschland in den kommenden Jahren weiter zunehmen werde. Die entscheidende Aufgabe für die Zukunft sei, die Stärken des Standorts Deutschland weiter auszubauen: insbesondere durch Investitionen in Bildung und Ausbildung.

Nato rüstet für Vielfrontenkrieg

Ftd., 8.6.. scc. Die Nato-Verteidigungsminister beschlossen auf ihrer Tagung am 8. Juni in Brüssel eine neue Strategie. Demnach will sich das Militärbündnis in die Lage versetzen, gleich-



Minister Jung will höheren Militärhaushalt.

zeitig bis zu zwei größere und bis zu sechs „kleinere“ Einsätze ausführen zu können. Als „kleiner“ definiert werden Einsätze mit 20.000 bis 30.000 Soldaten; demnach ist der Nato-Einsatz in Afghanistan – hier wird die Zahl der Nato-Soldaten in den nächsten Wochen auf gut 20.000 aufgestockt – ein „kleiner“. Kern der neuen Strategie ist die Nato-Eingreiftruppen, deren „volle Einsatzfähigkeit“ bis zum Gipfel Ende November in Riga sichergestellt werden soll. Sie soll aus 20.000 bis 25.000 Soldaten bestehen und in kürzester Frist mobiliert werden können. Die Minister bekräftigen ihr Ziel, 2% des Bruttoinlandsprodukts für den „Verteidigungshaushalt“ aufzubringen. Bisher erfüllen 7 von 26 Mitgliedern diese Vorgabe, es soll also kräftig aufgerüstet werden. Auch der deutsche Verteidigungsminister Jung erklärte, mittelfristig müsse die Bundesregierung wieder „mehr Mittel für den Verteidigungsetat vorsehen“.

Stoiber, Glauben und Autowaschen

faz, 7.6. alk. Der bayerische Ministerpräsident Stoiber hat eine Verschärfung des Paragrafen 166 im Strafgesetzbuch ins Gespräch gebracht. Dieser Paragraph schützt in seiner heutigen Fassung „Bekenntnisse, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen“ vor öffentlicher oder schriftlicher Beschimpfung, wobei als Hürde festgesetzt ist, dass dadurch der öffentliche Friede gestört sein muss. (In denselben Themenkreis, Schutz der Religion, gehören übrigens die folgenden Paragraphen 167, 167 a und 168, die die Störung der Religionsausübung oder einer Bestattungsfeier sowie der Totenruhe unter Strafe stellen.) Anzeigen wegen Religionsbeschimpfung gibt es immer wieder, Anklagen schon seltener und Verur-

teilungen in den letzten Jahren, so weit bekannt, fast keine. Stoiber möchte nun den Paragrafen in eine Richtung verändern, die das religiöse Empfinden unter Staatschutz stellt. Damit würde es dann ausreichen, dass sich jemand in seinem religiösen Gefühl verletzt fühlt. Über die Erfolgsaussichten und die Glaubwürdigkeit beim katholischen Publikum spottet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und erinnert: Stoiber habe erst jüngst das bayerische Feiertagsgesetz geändert hat und nun ist die Öffnung von Autowaschanlagen auch an Sonn- und Feiertagen gestattet, an Tagen immerhin, die als Tage der Arbeitsruhe und seelischen Erhebung unter dem Schutz des Grundgesetzes stehen.

Beobachtung durch Verfassungsschutz ist ein Skandal

www.sozialisten.de. Zu der „Spiegel“-Meldung, dass der Verfassungsschutz Bundestagsabgeordnete der Linkspartei überwacht, erklärt das Mitglied des Parteivorstandes Bodo Ramelow: Die vom „Spiegel“ benannten Fakten sprechen eine deutliche Sprache. Bundestagsabgeordnete der Linkspartei PDS werden vom Verfassungsschutz beobachtet. Ich empfinde das als fortgesetzten Skandal und als Kriminalisierung der Gesamtpartei. Die mir zugestandene Akteneinsicht und die zugesandten Dokumente zeigen, dass mich der Verfassungsschutz intensiver beobachtet als bislang bekannt war. Aber es geht nicht um Bisky, Bartsch und Ramelow, sondern darum dass offenbar nicht nur wie bislang vorgegeben Teile der Linkspartei, sondern die gesamte Partei unter Generalverdacht gestellt und ausgeschnüffelt wird. Das heißt alle Mitglieder, Funktionäre und Abgeordneten können betroffen sein. Ich werde der Bundestagsfraktion vorschlagen, dass alle Abgeordneten der Fraktion Akteneinsicht beantragen und notfalls gerichtlich erstreiten. Gleichermaßen empfehle ich den Abgeordneten in Landtagen und weiteren Funktionsträgern. Es wird Zeit, dass die fortwährende Beispitzelung von demokratisch gewählten Mandatsträgern ein Ende hat. Ich fordere den Präsidenten des Verfassungsschutzes auf, die Beobachtung unverzüglich zu beenden. Offenbar wird von den führenden Köpfen in Köln der Kalte Krieg fortgeführt. Es ist gefährlich, wenn 16 Jahre nach der Herstellung der Deutschen Einheit Menschen eingeschüchtert werden sollen, die sich politisch für soziale Gerechtigkeit und linke Ideen engagieren wollen.

Hinweis: Dieser Ausgabe sind die „Ergebnisse und Materialien“ des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaft beigeheftet. Die übrigen Teile sind entsprechend gekürzt. *Die Redaktion*

Probleme bleiben

Eigentlich könnte sich die Aufregung um die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die Hartz IV-Reform, allmählich legen. Vergleicht man die Geldsumme, die früher an Langzeitarbeitslose usw. in Form von Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe ging, mit der Geldsumme, die jetzt für denselben Personenkreis aufgebracht wird, ist kein allzu großer Unterschied erkennbar (siehe unten). Es sind um die 35 Mrd. Euro im Jahr, die an knapp 4 Millionen „Bedarfsgemeinschaften“ gehen. Pro „Bedarfsgemeinschaft“ sind es rund 830 Euro im Monat (einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge), so die jüngsten Zahlen der Bundesagentur.

Dennoch hat die Regierung eine Diskussion um „Kostenexplosion“, „Missbrauch“ und Inanspruchnahme der Leistungen durch zu viele „Unberechtigte“ gestartet und jetzt das Gesetz in Bezug auf Kontrollen und Leistungsverweigerung verschärft (siehe Zusammenstellung rechts).

Andererseits beharren Betroffene und Verbände darauf, dass die Leistungen zu niedrig seien und die Menschenwürde zu wenig beachtet wird; die bundesweite Demonstration am 3. Juni in Berlin mit dem Titel „Schluss mit den Reformen gegen uns“ war vielleicht zahlenmäßig nicht sehr groß, aber hatte breite Unterstützung.

Die Schröder-Regierung, unterstützt von der damaligen Unionsmehrheit im Bundesrat, hatte bei den Arbeitsmarktreformen nicht mehr Gerechtigkeit als



Mehrere Tausend demonstrierten am 3. Juni in Berlin.

Ziel formuliert; vielmehr war es das Interesse an Verwertung einer Reservearmee von arbeitsfähigen Menschen. Die Idee war, sie vor allem in Niedriglohnbeschäftigung zu drängen. Nach fast eineinhalb Jahren ist die Bilanz eher ernüchternd: Ein-Euro-Jobs sind keine Brücke in den Arbeitsmarkt; die Zahl der „Bedarfsgemeinschaften“ steigt eher an; selbst die etwas anziehende Konjunktur verringert zwar die Arbeitslosenzahlen, aber nicht die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Im Gegenteil: Statt der erwartet rund 3,5 Millionen Bedarfsgemeinschaften sind es inzwischen fast 4 Millionen. Die Konsequenz?

Steuert die Regierung um in eine Richtung, die den Betroffenen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben ohne staatliche Alimentation eröffnet? Gibt es

mehr Sprachkurse und Qualifikation für Jugendliche mit Migrationshintergrund? Werden Beschäftigungsmöglichkeiten für wenig Qualifizierte initiiert, die erstens ein ausreichendes Einkommen garantieren und zweitens nicht dauerhaft auf eine mehr oder weniger verdeckte Subvention (Mini- oder Ein Euro-Jobs aus den Sozialversicherungen) angewiesen sind? Bei all dem weitgehend Fehlanzeige. Stattdessen ein Ausbau der Zwangsinstrumente und Verstopfen von „Schlupflöchern“, mit denen Menschen versuchen, ihr Leben leidlich einzurichten. „Fordern“ wird immer größer geschrieben, „fordern“ wandert ab ins Kleingedruckte. Das ist das Fazit des verabschiedeten Gesetzes. Die Proteste gegen Hartz IV werden deshalb zurecht weitergehen. alk

Kosten der Arbeitslosigkeit: Ein Vergleich vor und nach ALG II

Keine gewaltige Kostensteigerung

In der politischen Diskussion wird immer wieder behauptet, die Kosten für Hartz IV wären völlig aus dem Ruder gelaufen. Das mag vielleicht zutreffen für die Spekulation auf Kostenminderung, die die Schröder-Regierung damit verbunden hatte, aber nicht für den nüchternen Vergleich zwischen den Kosten für Arbeitslosigkeit vor und nach der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II. Die Bundestagsabgeordnete Katja Kipping hatte beim Arbeitsministerium nach den Vergleichszahlen gefragt und Anfang Mai eine Antwort erhalten. Wir dokumentieren.

Frage von Katja Kipping, Bundestagsabgeordnete der Linkspartei:

Wie hoch waren in den vier Jahren von 2000 bis 2004 jeweils die jährlichen Kosten für die Zahlung von Arbeitslosenhilfe, die Zahlung von Sozialhilfe so-

wie Wohngeld an arbeitslose Hilfebedürftige? Wie hoch waren im Vergleich in 2005 die Kosten für die Grundsicherung für Arbeitssuchende?

Antwort von Gerd Andres, parlamentarischer Staatssekretär im Arbeitsministerium:

(...) Bund, Länder und Kommunen haben somit im Jahr 2004 insgesamt 30,6 Mrd. Euro (ca. 18,8 Mrd. Euro an Arbeitslosenhilfe, ca. 7,8 Mrd. Euro an Sozialhilfe für Erwerbsfähige inklusive Krankenhilfe und ca. 4,0 Mrd. Euro an Wohngeld für Erwerbsfähige) an Transferausgaben geleistet.

Die Transferausgaben (einschließlich Sozialversicherungsbeiträge) im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende betrugen im Jahr 2005 ca. 37,3 Mrd. Euro (davon ca. 25,0 Mrd. Euro für Arbeitslosengeld II, ca. 0,10 Mrd. Euro für den Kinderzuschlag, ca. 0,09 Mrd. für einmalige Leistungen nach § 23 Abs. 3 SGB II und ca. 12,1 Mrd. Euro für Kosten der Unterkunft).

Bei einem Vergleich der Ausgaben für erwerbsfähige Hilfebedürftige des Jahres 2004 mit den Ausgaben des Jahres

2005 muss allerdings berücksichtigt werden, dass auch in den alten Systemen aufgrund der ungünstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes die Ausgabenbelastung im Jahr 2005 zugenommen hätte. Aus diesem Grund wurden die Transferleistungen im Bereich der Arbeitslosenhilfe, der Sozialhilfe und des Wohngelds auf das Jahr 2005 fortgeschrieben.

Hochrechnung 2005. Ausgaben in Mrd. EU
Arbeitslosenhilfe 22,9
Sozialhilfe für Erwerbsfähige 8,4
Wohngeld 4,2

(...) Somit ergibt sich, dass auch in den alten Systemen die Transferausgaben auf ca. 35,5 Mrd. Euro angestiegen wären.

Teilweise haben leistungsrechtliche Verbesserungen den Anstieg der Ausgaben (35,5 Mrd. Euro im alten im Vergleich zu 37,3 Mrd. Euro im neuen System) bewirkt. Beispielsweise werden nun für alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, also auch für die bisherigen erwerbsfähigen Sozialhilfebezieher, Rentenversicherungsbeiträge abgeführt und alle erwerbsfähigen Hilfebe-

Was hat sich bei Hartz IV geändert?

Erwerbsfähigen Personen, die Arbeitslosengeld II beantragen, sollen **Sofortangebote** unterbreitet werden. Wer innerhalb eines Jahres zwei Mal eine angebotene Stelle oder Qualifizierung ausschlägt, muss mit einer Kürzung bis zu 60 Prozent rechnen, weigert sich ein Bezieher von ALG II dreimal in einem Jahr ohne guten Grund, ein Jobangebot anzunehmen, können ihm die kompletten Leistungen gestrichen werden.

Die **Freibeträge für Vermögen** werden zugunsten der Alterssicherung verschoben. Der Freibetrag für private Altersvorsorge soll auf 250 statt derzeit 200 Euro pro Lebensjahr angehoben werden. Der Höchstbetrag für sonstiges Vermögen soll im Gegenzug von 200 auf 150 Euro pro Lebensjahr gesenkt werden.

Zukünftig wird bei **eheähnlichen Gemeinschaften** die Beweislast umgekehrt und der Betroffene muss die Vermutung, dass es sich um eine Bedarfsgemeinschaft handelt, gegebenenfalls widerlegen und dies auch beweisen. Außerdem sollen gleichgeschlechtliche Partnerschaften eheähnlichen Gemeinschaften gleichgestellt werden.

Weitergehende Leistungen, z.B. für **atypische Sonderbedarfe**, sind ausgeschlossen. Im Unterschied zur früheren Sozialhilfe werden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes mit Ausnahme der Kosten der Unterkunft und der Heizung grundsätzlich in pauschalierter Form erbracht.

Dem Missbrauch von Leistungen soll durch **Kontrollen im Außendienst** begegnet werden. (nach einer Zusammenstellung der CDU-Fraktion)

dürftigen sind krankenversichert. Allein an die Rentenversicherung wurden im Jahr 4,2 Mrd. Euro abgeführt, wohingegen die alten Systeme nur lediglich im Bereich der Arbeitslosenhilfe ca. 2,8 Mrd. Euro dafür aufgebracht haben.

Fazit von Katja Kipping:

„Im Klartext heißt das: Gegenüber der früheren Regelung gibt keine Kostenexplosion, die auf angeblichen Missbrauch zurückzuführen ist. Was es gibt, ist eine Verschiebung der Kosten: Früher erfolgte die Zahlung in Form von Sozialhilfe, Wohngeld und Arbeitslosenhilfe; heute erfolgt die Leistung in Form von ALG II plus Kosten der Unterkunft.“

Zudem muss bedacht werden, dass durch Hartz IV die Bezugszeit des Arbeitslosengeldes I verkürzt wurde, was automatisch zu einer höheren Anzahl der ALG II-Empfänger führt. Andererseits entstehen damit Einsparungen beim Arbeitslosengeld I, mit diesen Einsparungen wird u.a. die Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenhilfe finanziert.

Die Nato-Mächte im Nahen und Mittleren Osten

Der Krieg weitet sich aus

Irak

Der Mai war der blutigste Monat im Irak seit Beginn des Angriffskrieges. 1.400 Leichen wurden in die größte Leichenhalle Bagdads eingeliefert, für das laufende Jahr zählt das irakische Gesundheitsministerium nach Angaben von BBC bislang 6000 Leichen, die dorthin gebracht wurden.¹ Die Toten im übrigen Land sind dabei nicht mitgezählt.

Nach Bekanntwerden des Massakers in Haditha – dass US-Marineinfanteristen 24 Zivilisten vorsätzlich töteten, scheint außer Zweifel zu stehen – wächst auch in den USA die Kritik am Irak-Krieg. Immer mehr Kritiker äußern nach den Vertuschungsversuchen durch das Pentagon laut den Verdacht, dass das Gemetzel in Haditha nur einen kleinen Ausschnitt des Gesamtbildes der täglichen Gewalt im Irak zeige, nur die „Spitze eines Eisberges“ sei. Der Journalist Robert Fisk, seit 1976 Nahostkorrespondent und kaum verdächtig, Verschwörungstheorien anzuhängen, stellt offen die Frage, die auch viele Amerikaner bewegt: „Wer begeht die Massenmorde? Wer entsorgt so viele Leichen auf Müllhaufen? Nach Haditha sollten wir unsere Verdächtigungen überdenken. (...) Besatzungsarmeen sind immer korrumptiert.“² Er erinnert an Algerien, wo immer noch Massengräber freigelegt werden, die von französischen Fallschirmjägern hinterlassen wurden, an Tschetschenien, an den Bloody Sunday in Nordirland, Chatila im Libanon, My Lai ...

Während Stabs-Generäle der US-Army die Irak-Strategie schon früher öffentlich kritisierten, dringen jetzt immer häufiger pessimistische Lageeinschätzungen aus dem Kreis der Kommandeure an die Öffentlichkeit. Vorfälle wie in Haditha, wird General Carter Ham, im letzten Jahr noch Oberbefehlshaber im Norden Iraks zitiert, „bestärken den Eindruck, dass die USA den Krieg nicht gewinnen können.“¹ Auch andere Kommandeure bezeichnen in privat gehaltenen Berichten an das Pentagon den Krieg als „verloren“, die Soldaten seien physisch und psychisch an ihre Grenzen gestoßen und überlastet. Das BBC meldete, dass sich die Zahl der Deserter aus der britischen Armee in den letzten drei Jahren verdreifacht habe und mehr als 1000 britische Soldaten seit Beginn des Irak-Krieges desertiert seien.

Viele Kommentatoren sehen den Irak-Krieg am „Wendepunkt“. Aber wohin wendet er sich? Republikanische Mitglieder des US-Senats haben jüngst dafür gesorgt, dass aus dem der-

zeit diskutierten Kriegsausgabengesetz ein Passus gestrichen wurde, der die Einrichtung dauerhafter US-Militärbasen im Irak verboten hätte. Das widerspricht nicht nur den gegenteiligen Beteuerungen, sondern bestätigt, dass auch die Bush-Administration nicht davon ausgeht, dass sie den Krieg absehbar gewinnt, und dass sie daraus nur eine Konsequenz zieht, nämlich Krieg und Besatzung auszuweiten.

In einer Rede von Absolventen der US-Militärakademie West Point rief Bush am 27. Mai zur Fortsetzung des „großen Kampfes“ gegen den „Terrorismus“ auf: „Auf einen solchen Feind gibt es nur eine wirksame Reaktion: Wir werden niemals klein beigeben, wir werden niemals aufgeben, und wir werden niemals etwas Geringeres als den vollständigen Sieg akzeptieren.“³

Afghanistan

Entsprechend dieser gefährlich-großspurigen Losung stockt die Nato, also nicht nur die USA, sondern ihre Verbündeten, darunter in vorderster Front die BR Deutschland, gegenwärtig ihre Truppen in Afghanistan auf. Die USA selbst wollen ihre Truppen im Kampfeinsatz auf 10.000 reduzieren, die übrigen Mitgliedsländer gleichen die Reduzierung nicht nur aus, sondern weiten sie darüber hinaus aus. Die Nato-„Stabilisierungstruppen“ ISAF sollen zunächst die „Kontrolle“ über den Süden Afghanistans übernehmen und bis zum



Die Bundeswehr in Afghanistan (Bild: Bundesheer, Österreich). Die Beteiligung an blutigen Kampfeinsätzen wird immer wahrscheinlicher. Aus der großen Koalition wird der Ruf nach einem „robusten Mandat“ laut.

Jahresende auch über den Osten, dem Einsatzgebiet der US-Operation „Enduring Freedom“.

Dabei geht es nicht einfach um die Ausweitung des Stationierungsgebietes der ISAF-Formationen, sondern darum, dass die Nato in Gebiete vorrückt, in denen offensichtlich Krieg herrscht oder die instabile Situation in offenen Krieg überzugehen droht, wie auch jüngst eine Studie des britischen sicherheitspolitischen Think Tank Senlis Council bestätigte.⁴ Schon ist auch bei der Berliner großen Koalition davon die Rede, dass die Nato-Truppen ein „robustes Mandat“ benötigten. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags Ruprecht Polenz (CDU) sprach sich offen für eine Zusammenlegung von ISAF und der US-geführten Operation Enduring Freedom aus.

Der kanadische Journalist Geoffrey York weiß zu berichten, dass die militärischen Aufständischen der Taliban in den weiten ländlichen Gebieten Südafghanistans „den Sieg errungen“ haben, mit Ausnahme der großen Städte und einiger isolierter Außenposten der ISAF. Aber die Taliban kämen immer näher und operierten inzwischen ganz offen in den Außenbezirken Kandahars. York vermeldet einen „wachsenden Zustrom“ zu den Taliban, da der Sturz des Taliban-Regimes die Lage gerade der Landbevölkerung nicht verbessert

es den Taliban, die Zahl ihrer Angriffe zu erhöhen.

Iran

Bedeutet das Angebot der fünf Veto-Mächte und Deutschlands an den Iran eine Änderung der Iran-Politik, eine Chance zur Deeskalation? Das scheint nicht entschieden. Dass die USA, wenn auch nur unter Bedingungen, zu direkten Gesprächen mit Iran bereit sind, ist ein Fortschritt. Angeblich haben die sechs Mächte dem Iran in Aussicht gestellt, eines Tages unter strengen Auflagen Uran im eigenen Land anreichern zu dürfen. Hierfür müssten aber zunächst die derzeitigen Nuklearaktivitäten ausgesetzt werden.⁶ Im Gegenzug soll Iran Technologien für die Erdöl- und Erdgasproduktion importieren können sowie nukleare Brennstäbe und Ersatzteile für die zivile Luftfahrt. Iran zeigt sich „grundätzlich“ zu Gesprächen, will aber ersten Bekundungen zu folge auf die Fortsetzung der Urananreicherung nicht verzichten.

Mehr als problematisch ist, dass die sechs Mächte in keiner Weise, nicht einmal andeutungsweise, auf die Sicherheitsinteressen Irans eingehen und dem Land ausdrücklich keinerlei Sicherheitsgarantien gegeben werden. Das kann gerade angesichts des sich ausweitenden Krieges in Irak und Afghanistan, angesichts der weiteren Ver-

Das mit dem Angebot verbundene Ultimatum läuft zum 29. Juni ab.

Das Niemandsland der Lager

Die verzweifelte Selbsttötung von drei Gefangenen in Guantanamo – der jüngste von ihnen, gerade 21-jährig, war zum Zeitpunkt seiner Inhaftierung jugendlicher – wirft ein Schlaglicht auf die vielleicht am meisten beunruhigende Entwicklung im Zusammenhang dieses „großen Kampfes“ (Bush), in dem die US-Regierung „nichts Geringeres als den vollständigen Sieg“ anstrebt: die Tendenz zur vollständigen Außerkraftsetzung der Rechtsordnung für eine große und potenziell wachsende Gruppe von Menschen.⁷ Der „Notstand“, mit dem rechtfertigt wird, dass Hunderte und vielleicht Tausende Menschen ohne Recht auf gerichtliches Gehör, ohne Recht also, ihre Unschuld beweisen zu können, gefangen gehalten werden, droht zum permanenten Mittel des Regierens zu werden.⁸

Einem Rechtsprofessor aus New Jersey gelang es kürzlich, trotz der totalen Nachrichtenkontrolle durch Armee und andere Behörden, aufgrund von Militärdokumenten eine grobe Übersicht über die Gefangenen in Guantanamo zu erstellen. Mehr als die Hälfte von ihnen (55%) werde nicht einmal „ein feindlicher Akt“ gegen die USA oder ihre Verbündeten vorgeworfen; gerade acht Prozent würden eindeutig als „Al-Quaida-Kämpfer“ eingestuft. 86% der Gefangenen wurden den US-Truppen von Pakistanis oder der damaligen Nordallianz zu einem Zeitpunkt überstellt, als Amerika mit Flugblättern und hohen Kopfprämien die Bergbauern dazu aufgerufen habe, Verdächtige zu denunzieren.⁹

scc

1 Thomas Pany, Am Wendepunkt, <http://www.heise.de/tp/>, 7.6.

2 Robert Fisk, Irak: Wer gegen den Teufel kämpft, Wochenzzeitung (Schweiz), 8.6.

3 Dokumentiert bei: www.friedensratschlag.de

4 Der Standard, 6.6. „Studie warnt vor Abgleiten in den Krieg“

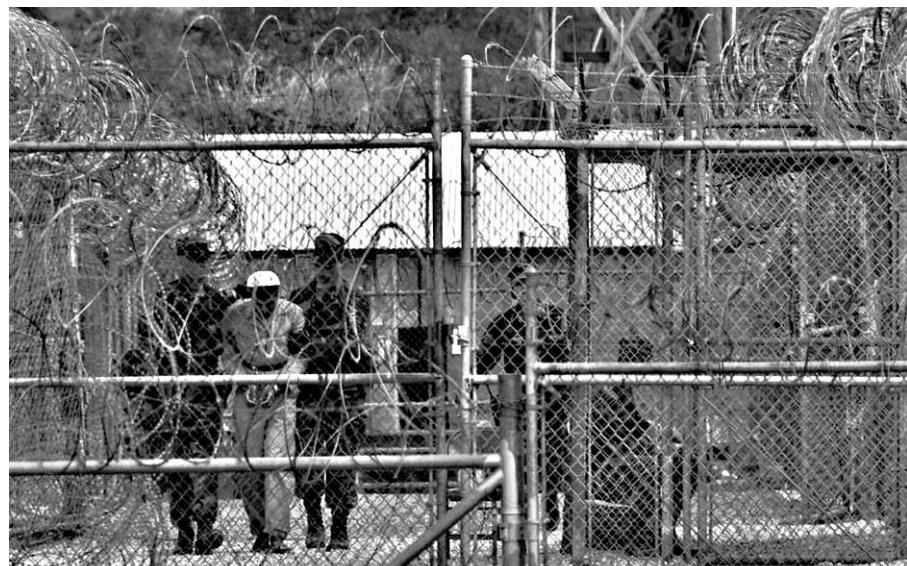
5 Geoffrey York, Der Aufstand der Taliban, ZNet 29.5.

6 Washington Post, 7.6.

7 Der italienische Philosoph arbeitet in seiner Schrift über den Ausnahmestand (Frankfurt 2004) heraus, dass die Gefangenen nicht nur nicht den Status von Kriegsgefangenen gemäß der Genfer Konvention erhalten, sondern dass es für sie überhaupt keinen Anklagepunkt gibt, der in amerikanischen Gesetzen festgelegt ist: „Weder Gefangene noch Angeklagte, sind sie einfache Verhaftete, die einer rein faktischen Herrschaft unterworfen sind, einer Haft, die nicht nur zeitlich, sondern ihrem Wesen nach unbestimmt ist, denn sie entzieht sich jedem Gesetz und jeder Form rechtlicher Kontrolle.“

8 In Artikel 1 der Verfassung der Vereinigten Staaten, der die Gewaltenteilung zum Inhalt hat, ist auch das Recht eines jeden Verhafteten auf Ausstellung eines richterlichen Vorführungsbefehls festgeschrieben, das nur im „Fall eines Aufstandes oder einer Invasion“ suspendiert werden kann.

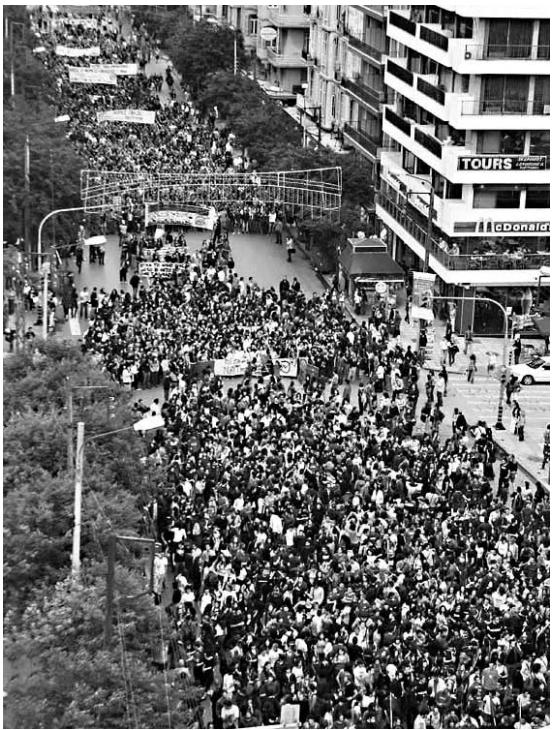
9 Süddeutsche Zeitung, 8.6.



Zum wiederholten Male waren im Mai Gefangene in den Hungerstreik getreten – dieses Mal 89 –, um ihr Recht auf rechtliches Gehör und Haftbedingungen zu erkämpfen, die ihnen ein Überleben erlauben. Mehrere Gefangene wurden der Tortur der Zwangernährung unterzogen. Die Armee hatte zuvor eine Revolte von Gefangenen niedergeschlagen und die Haftbedingungen noch einmal verschärft.

habe, das herrschende Regime in seiner Korruptheit keinerlei Entwicklungs-perspektive aufzeige, die Armut im Gegenteil zunehme und die Menschen unter wachsenden Gewalt des „Anti-Terror-Kampfes“ litt. Allein in den ersten drei Wochen des Mai 2006 meldeten die Koalitionsstreitkräfte 420 getötete, verwundete oder gefangene Taliban in Südafghanistan. Dennoch gelang

schärfung des israelisch-palästinensischen Konflikts und der Gefahr eines innerpalästinensischen Bürgerkriegs mit all den drohenden Auswirkungen auf die ganze Region, als Versuch gesehen werden, die iranische Regierung zu einseitigen Zugeständnissen zu zwingen, bzw. ihr Bedingungen zu stellen, die sie nur zum Preis der Unterwerfung erfüllen kann.



Aufruhr an den griechischen Universitäten

Seit Anfang Mai Studierende die medizinische Fakultät in der Universität Athen besetzten, weiten sich die Streiks an den griechischen Universitäten aus. Inzwischen befinden sich 346 von rund 450 Universitäten im Streik. Fast jeden Tag finden in Athen, Thessaloniki (Bild) und anderen Städten Demonstrationen mit Tausenden oder Abertausenden Studenten statt, immer wieder kommt es zu Übergriffen der Polizei auf die Demonstrationen und zu heftigen Straßenkämpfen. Der Widerstand der Studenten, aber auch von Dozenten richtet sich gegen Gesetzentwürfe, die die konservative Regierung im Juli durchs Parlament bringen will. U.a. sehen die Gesetzesänderungen vor: Die Polizei, die während der Militärdiktatur 1974 mehrere Studenten auf dem Gelände des Athener Politechnikums tötete und seit Ende der Diktatur Universitätsgelände (sowie Schulgelände und Kirchen) nicht mehr ohne Zustimmung der Universitätsleitungen betreten darf, soll wieder unbeschränkten Zugang erhalten. Die Studierenden sollen Bücher, die sie für ihr Studium benötigen und die bisher kostenlos waren, bezahlen. Die Regelstudienzeit darf nicht mehr überschritten werden, bei Überschreitung werden die Studierenden exmatrikuliert und dürfen sich an keiner anderen öffentlichen Universität mehr einschreiben; viele, wenn nicht die meisten Studenten müssen jedoch für die Finanzierung ihres Studiums und ihren Lebensunterhalt arbeiten. Weiter richtet sich der Protest gegen die Gründung privater Universitäten, die, so befürchten die Studenten, die Qualität der Ausbildung an den öffentlichen Universitäten verschlechtert und die Abschlüsse entwertet. (Quelle: Indymedia)

Gewerkschaften im privaten Sicherheitsgewerbe vereinbaren „Tag der Gerechtigkeit“

Vom 31. Mai bis 1. Juni fand in Ungarn eine europäische Konferenz von sieben Gewerkschaften statt, die im privaten Sicherheitsgewerbe tätig sind. Beteiligt waren Gewerkschaften aus Ungarn, Polen, Bulgarien, Rumänien, Estland, Österreich und Deutschland (ver.di) sowie UNI Europa (zu UNI siehe <http://www.union-network.org/>) Die Konferenz



verständigte sich darauf, den 15. Juni als internationalen „Tag der Gerechtigkeit“ für die Beschäftigten im Sicherheitsgewerbe zu begehen. Der 15. Juni wurde zum ersten Mal als „Tag der Gerechtigkeit“ („Justice for Janitors Day“) 1990 in den USA begangen, nachdem Polizei in Los Angeles eine friedliche Demonstration von Reinigungskräften überfallen hatte, die für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne kämpften. Die „Justice for Janitors“-Kampagne war der erfolgreiche Auftakt für eine lang angelegte Kampagne zur gewerkschaftlichen Organisierung im Niedriglohnbereich der USA (wir berichteten). Der Bezug auf diesen Tag durch europäische Gewerkschaften soll ausdrücklich daran anknüpfen. Die Teilnehmer der Konferenz bekräftigten, dass eine dringende Notwendigkeit bestehe, die katastrophalen Arbeitsbedingungen im privaten Sicherheitsgewerbe in Deutschland und anderen europäischen Ländern zu verbessern und eine Erhöhung der Löhne zu erreichen. Bei-

spielhaft führt ver.di in Hamburg eine Kampagne gegen Armutslöhne durch (siehe Seite 8), eine ähnliche Kampagne findet in Warschau statt, wo die Beschäftigten im privaten Sicherheitsgewerbe oft nur umgerechnet 1 Euro verdienen. Die Delegierten der Konferenz verabredeten die Verbesserung der grenzüberschreitenden Kooperation und gegenseitigen Unterstützung. (Quelle: www.labourstart.org, www.global-unions.org)

Regionales Parlament erklärt die Krim zur „Nato-freien Zone“

Die Abgeordneten des regionalen Parlaments auf der Krim haben die Region zur „Nato-freien Zone“ erklärt. Sie fordern ein Verbot des geplanten Nato-Manövers „Sea Breeze 2006“ und die Sperrung der Halbinsel für US- und Nato-Militär. Die Vorsitzende der Progressiven Sozialistischen Partei der Ukraine verwies darauf, dass nach der Verfassung Militärmanöver nur auf Beschluss der Obersten Rada (nationales Parlament) durchgeführt werden dürfen. Ein entsprechender Antrag sei mehrfach vorgelegt, aber nicht gebilligt worden. Am 29. Mai blockierten Demonstranten die Entladung eines US-Frachters im Hafen Feodossija, um zu verhindern, dass militärisches Material und Soldaten abgesetzt würden. Als Reaktion auf den Widerstand gegen das Nato-Manöver, an dem Soldaten aus den USA, der BR Deutschland, der Türkei sowie aus Georgien und Mazedonien (!) teilnehmen, gründeten Vertreter von neun rechten und nationalistischen Parteien den Block „Krim – für Nato“. Der ukrainische Präsident Juschtschenko bezeichnete den Beschluss des Krim-Parlaments als politische Provokation und

den Protest als „Erscheinungsform des Separatismus“ und forderte die Einleitung strafrechtlicher Verfahren. Die Regierung entsandte Polizeikräfte aus anderen Teilen der Ukraine auf die Krim.

– In Russland ruft das weitere Vordringen der Nato Besorgnis hervor. Das Parlament verabschiedete eine Resolution, mit der es die Annäherung der Ukraine an den westlichen Militärblock als Gefahr für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine bezeichnete. (Quelle: DW, Ria Novosti)

Türkei: Pinar Selek freigesprochen

Pinar Selek ist vom 12. Schweren Strafgericht in Istanbul freigesprochen worden. Die kritische Soziologin, die für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage eintritt und sich für die Rechte der Unterdrückten einsetzt, war zusammen mit 14 weiteren Personen in einem absurd Prozess angeklagt, 1998 die Explosion im Misir-Basar verursacht zu haben, bei der sieben Menschen getötet und weitere 127 verletzt worden waren. Obwohl die Anklage dermaßen absurd war, dass viele sie lange Zeit gar nicht ernst genommen hatten, war Pinar Selek zweieinhalb Jahre inhaftiert und in dieser Zeit brutal gefoltert worden. Erst in letzter Zeit fand der Prozess – auch internationale – Öffentlichkeit. Der Staatsanwalt hatte im Dezember eine lebenslange Haftstrafe gefordert. Das Gericht sah jedoch nicht als erwiesen an, dass die Explosion auf einen Bombenanschlag zurückging, und sprach Pinar Selek frei. Drei weitere Angeklagten wurden in einem anderen Fall wegen „Mord im Auftrag der PKK“ zu lebenslang verurteilt. (Quelle: ISKU)

Zusammenstellung: scc

HAMBURG. ver.di hat in der Hansestadt eine Kampagne gegen die Armutslöhne im Wach- und Sicherheitsgewerbe gestartet. Allein in Hamburg arbeiten hier rund 8000 Beschäftigte. Ganze Bereiche wurden in den letzten Jahren an Drittanbieter, also an private Sicherheitsfirmen übertragen; so vergab zum Beispiel die Innenbehörde Anfang 2005 die Bewachung des Polizeipräsidiums an einen Sicherheitsdienst, der für Niedriglöhne bekannt ist. Im Durchschnitt liegen die Löhne im Sicherheitsgewerbe in Hamburg bei 6,10 Euro (1057 brutto im Monat). Die Niedriglöhne zwingen die Beschäftigten zu überlangen Arbeitszeiten; dass Wachleute 240 bis 260 Stunden im Monat arbeiten – oder auch mehrere Jobs annehmen –, ist heute gang und gäbe. Es herrscht vollständige Flexibilisierung, ob kurze Einsätze oder 12-Stunden-Schichten, tags oder nachts – erwartet wird ständige Dienstbereitschaft. Der Druck auf die Beschäftigten ist groß, Versuche, einen Betriebsrat aufzubauen, sind oft schärfsten Repressalien ausgesetzt. Am 15. Juni, dem internationalen „Tag der Gerechtigkeit“ (s. S. 7), führt ver.di eine Kundgebung auf dem Hamburger Rathausmarkt durch.



Pauschalverdächtige zu Gast bei Feinden

POTSDAM. Neun Mitglieder der Flüchtlingsinitiative Brandenburg waren am 10. Juni auf dem Weg zu einer antirassistischen Konferenz in Hamburg. Auf dem Hauptbahnhof Berlin wurden sie von der Bundespolizei angehalten, eine Personalienkontrolle wurde durchgeführt. Auf Rückfrage, warum gerade sie kontrolliert werden, wurde ihnen sinngemäß geantwortet, dass dies so sei, weil sie Ausländer sind. Zur Sicherung der WM gäbe es jetzt viele Kontrollen, da viele „Illegal“ nach Deutschland eingereist sind. Nach Rückfragen der Antirassistischen Initiative Berlin über die Ursache der rassistischen Kontrolle bei der verantwortlichen Pressesprecherin Polizeioberrätin Hartmann antwortete diese sinngemäß: Wir kontrollieren nach Hautfarbe und wenn jemand nicht Deutsch spricht. So beginnen unsere Kontrollen, da die Wahrscheinlichkeit bei solchen Leuten größer ist, dass sie irgendeine Straftat begangen haben. Wir, die Flüchtlingsinitiative Brandenburg und die Antirassistische Initiative Berlin verurteilen diesen Generalverdacht aufs Schärfste. Schon am zweiten Tag der Fußball WM zeichnet es sich ab, dass die Menschen, die hier in Deutschland leben und nicht dem rassistischen Bild des „ordnungsgemäßen Bürger“ (weiß und deutsch) entsprechen, pauschal verdächtig sind und sich unter Feinden befinden.

Antirassistische Initiative und Flüchtlingsinitiative Brandenburg

Kein Rüstungsseminar an der TU Berlin!

BERLIN. Die Antifa TU Berlin fordert die Einstellung des Seminars „Verteidigungstechnologie – Streitkräfteökonomik – Geopolitik“. Das Seminar findet

statt, obwohl der akademische Senat der TU, dem die Aufstellung von Grundsätzen für Lehre obliegt, beschlossen hatte: „Die Mitglieder des AS sind sich darüber einig, dass an der TU Berlin keine Rüstungsforschung durchgeführt werden soll.“ Doch das Seminar beschäftigt sich mit Themen wie „Die Neukonzeption der Streitkräfte nach Kampfkraftkriterien“ oder „Neue strategische Optionen durch Quantensprünge in der Militärtechnologie“ und ist damit nach Auffassung der Antifa TU eindeutig als Rüstungsforschung einzustufen. Weiter fordert die Antifa die sofortige Einstellung des Vertragsverhältnisses mit dem verantwortlichen Dozenten Prof. Dr. Markus C. Kerber, der noch im Februar 2006 eine außerordentliche Professur erhielt. Kerber veröffentlicht seit Jahren in der rechtsextremen „Jungen Freiheit“ und tut sich mit revisionistischen und extrem rechten Äußerungen hervor; so bezeichnet er z.B. polnisches Staatsgebiet als „Mitteldeutschland“. www.antifa-tu-berlin.tk

Urteil gegen Libertad! aufgehoben – Online-Demo keine Straftat

FRANKFURT. Das Oberlandesgericht Frankfurt hat am 22.5. ein Urteil des Amtsgerichts Frankfurt wegen Verletzung bestehender Gesetze aufgehoben und den Angeklagten freigesprochen. Am 1.7.2005 war ein Aktivist der bundesweiten Initiative Libertad! Wegen Nötigung verurteilt worden. Hintergrund war der erste Prozess überhaupt in Deutschland wegen einer Online-Demo, die am 20. Juni 2001 gegen die Deutsche Lufthansa AG stattfand. Rund 13.000 Menschen demonstrierten damals zu einem öffentlich angekündigten Zeitpunkt auf dem Internetportal der Lufthansa, um gegen das Deportation Business und die menschenverachtende Abschiebepraxis zu protestie-

ren. Jetzt stellte das Oberlandesgericht fest, dass Online-Demos keine Gewalt, keine Nötigung, keine „Drohung mit einem empfindlichen Übel“, keine „Dataveränderung“ sind. Auch eine Verurteilung wegen Ordnungswidrigkeit käme nicht in Betracht. Ausführlich geht das OLG auf den ausufernden Gewaltbegriff im Urteil des Amtsgerichts ein und nimmt es regelrecht auseinander. Es stellt fest, dass die Online-Demo auf die Meinungsbeeinflussung zielte. Libertad! sieht sich nach fünf Jahren bestätigt: Auch das Internet ist ein Ort für Proteste und Demonstrationen.

Quelle: PE Libertad!

AG Barrierefreiheit stellt Forderungen an den neuen Landtag

MANNHEIM. Mitglieder der AG Barrierefreiheit haben nachfolgende Wünsche an die Mitglieder des neuen baden-württembergischen Landtags formuliert.

Sie verlangen u.a.: kommunale Behindertenbeauftragte; Zuschüsse für barrierefreien sozialen Wohnungsbau; mehr Geld für barrierefreien öffentlichen Nahverkehr; mehr Mittel für Qualifizierung und Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen ins Arbeitsleben; Einrichtung persönlicher Budgets, Budgetierung entsprechend dem persönlichen Bedarf; keine Bezahlung von Eingliederungshilfen nach Kassenlage; ein bedarfsdeckendes Leistungsgesetz für behinderte Menschen, das aus der Sozialhilfeabhängigkeit befreit; keine Kürzung des Blindengeldes; Selbstbestimmung – Mitwirkung in allen Dingen, die Menschen mit Behinderungen selbst betreffen; Besserer Betreuungsschlüssel in Kindergarten, um die Integration zu ermöglichen; stärkere Berücksichtigung des barrierefreien Zugangs in denkmalgeschützte Gebäude. *Kommunal Inof Mannheim*

Bürgermeister demonstrieren gegen Sparpläne. KIEL. Knapp 1500 Bürgermeister und Kommunalpolitiker haben in Kiel gegen die Sparpolitik der schwarz-roten Landesregierung vor dem Haus des Landtages demonstriert. Zu der Demonstration hatten die kommunalen Spitzenverbände aufgerufen. Redner forderten die große Koalition in Kiel auf, die Kommunen von gesetzlichen Aufgaben und Standards zu befreien sowie den Städten und Gemeinden mehr Entscheidungsfreiheiten zu geben. Hintergrund des Protests sind die Pläne der großen Koalition, den kommunalen Finanzausgleich um jährlich 120 Millionen Euro zu kürzen. Insgesamt will die Landesregierung in den kommenden zwei Jahren Kürzungen in Höhe von insgesamt 600 Millionen Euro vornehmen. Die nach Angaben der Koalition „größte Sparoperation in der Geschichte des Landes“ soll durch Einsparungen im Personalhaushalt, im kommunalen Finanzausgleich sowie in den Einzelplänen der Fachressorts erbracht werden. *DStGB, 1.6.2006*

Stadtwerke und Kraftwerke in Bürgerhand. SCHWÄBISCH-HALL. Mit einem eindringlichen Appell für starke kommunale Energieversorger endete die Eurosolar-Konferenz „Stadtwerke mit Erneuerbaren Energien“ in Schwäbisch Hall. Rund 150 Vertreter aus Stadtwerken, Kommunen und Unternehmen der Energiewirtschaft diskutierten über eine „Modernisierung der lokalen Energieversorgung“ durch erneuerbare Energien. Der Solarenergie-Verband sprach sich für den Ausbau eigenständiger Kraftwerkskapazitäten „in Bürgerhand“ aus. Vor dem Hintergrund steigender Kosten für immer knapper werdende fossile Energieträger machte Eurosolar-Präsident Hermann Scheer die seines Erachtens zentrale Rolle der Stadtwerke deutlich: „Stadtwerke sind den Verbrauchern und den regionalen Energiequellen am nächsten. Darum sind sie die einzigen Energieversorger mit Zukunft.“ Die „unerschöpflichen Potenziale“ für Strom, Wärme und Treibstoffe auf der Basis erneuerbarer Energien könnten „nur dezentral“ sinnvoll erschlossen werden, wie die Praxis zeige. Voraussetzung auch für eine starke lokale Wertschöpfung seien „unabhängige Stadtwerke“. Es sei ein „großer historischer Fehler“ vieler Städte, ihre Stadtwerke an die etablierten Stromkonzerne zu verkaufen. (*ngo-online, 9.6.06*)

Lehrmittelfreiheit. DÜSSELDORF. Bisher waren Schulbücher für Kinder arbeitsloser Eltern in NRW kostenlos: Das wollen CDU und FDP mit dem neuen Schulgesetz ändern. Auch der Schulbus

wird künftig Geld kosten, denn Städte und Gemeinden sehen sich außer Stande, die Kosten zu übernehmen. Kritiker bewerten das als Sparen „auf Kosten der Ärmsten“. Noch vor den Sommerferien wollen CDU und FDP das neue nordrhein-westfälische Schulgesetz beschließen. Die Änderungen gelten schon für das neue Schuljahr. Geradezu zynisch mutet an, dass die Landesregierung per Schulgesetz Städten und Kommunen erlauben will, freiwillig die Kosten für die Schulbücher der Kinder arbeitsloser Einwohner zu übernehmen: Fast 200 Städte und Gemeinden in NRW leben mit so genannten Haushaltssicherungskonzepten und dürfen deshalb überhaupt keine zusätzlichen, freiwilligen Zahlungen übernehmen. Gleichzeitig aber werden ihnen die Kosten für die Bearbeitung der Anträge auf Kostenübernahme, die Ablehnung dieser Anträge und die zu erwartenden gerichtlichen Auseinandersetzungen aufgebürdet. Ein Mehrfaches der Kosten, die die Hilfe bei den Schulbüchern ausmacht – und vor allem Kosten, die die Kommunen tragen müssen, während das Land spart. *WDR, 7.6.06*

Wohnungsprivatisierung. Freiburg. Der grüne Oberbürgermeister Dieter Salomon hat angekündigt, rund 8900 städtische Wohnungen, das ist der komplette kommunale Bestand, zu privatisieren. Am 4. Juli soll der Gemeinderat über den Verkauf vor allem der größten Gesellschaft Stadtbau entscheiden, die Ausschreibung erfolgt dann europaweit. Inzwischen wird ein Bürgerbegehren für den Erhalt der städtischen Wohnungen vorbereitet, das unterschiedlichste Parteien, Gruppierungen und Vereine unterstützen wollen. Bereits im April hat sich die Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ gegründet. Darin engagieren sich das Stadtteilbüro, das Forum und der Bürgerverein Weingarten, SPD, Unabhängige Liste bis hin zu Teilen der CDU, die der Privatisierung ablehnend bis skeptisch gegenüber stehen. Auch Freiburger Architekten und Ingenieure der Architektenkammer Freiburg Stadt bekunden ihren Protest und weisen auf negative Folgen des Verkaufs hin. Ob die Privatisierung tatsächlich durchgezogen werden kann, ist fraglich. Vor allem weil nicht klar ist, wo Salomon Mehrheiten für diese Politik herbekommen will. Im Rat sind SPD, Unabhängige Liste und Teile der CDU dagegen. Auf der Straße nimmt der Widerstand breitere Formen an. Unterschriftenlisten machen die Runde, das Anti-Heuschrecken-Logo gehört schon zum Stadtbild, und für den Juli wird ein Sternmarsch gegen Privatisierung vorbereitet. Ziele der Initiative sind stattdessen: Bewahrung des städtischen Wohnungsbestan-

des, Sicherung bezahlbarer Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung, Erhalt sozialpolitischer Steuerungsinstrumente der Stadt, Sicherung der bedrohten Arbeitsplätze in der Stadt und in der Region, Förderung des Freiburger Handwerks und der Kleinbetriebe durch angemessene Instandsetzungsmaßnahmen, Schaffung einer sozial nachhaltigen Stadtentwicklung für die Zukunft. www.wohnen-ist-menschenrecht.de

Verwaltungsregionen im Norden Stückwerk. KIEL. Die Pläne der schleswig-holsteinischen Landesregierung für die Bildung von so genannten kommunalen Verwaltungsregionen sind nach Expertenansicht zwar schlecht vorbereitet, aber verfassungsgemäß. „Es gibt kein Gesamtkonzept“, kritisierte der frühere Rechnungshofpräsident Gernot Korthals am Freitag in Kiel. Er hatte im Auftrag des Landkreistages das Vorhaben untersucht: Reine Verlagerung von Zuständigkeit auf eine neue Ebene spare kein Geld. Vier neu zu bildende kommunale Verwaltungsregionen sollen nach Vorstellung von Schwarz-Rot Aufgaben übernehmen, die bisher Behörden des Landes erledigen. Dazu gehören Immisionsschutz, Wasser- und Abfallwirtschaft sowie Arbeitssicherheit. Zugleich sollen Kreise einzelne Aktivitäten bündeln. Statt Aufgaben bürgernah in die Städte und Gemeinden zu verlagern, werde nun eine neue Zwischeninstanz geschaffen. Einzelnen Einsparungen stünden viele Doppelzuständigkeiten gegenüber, sagte Korthals. Er sieht auch ein Demokratie-Defizit bei den Regionen, weil auf dieser Ebene gewählte Volksvertretungen fehlen. *Die Welt, 10.6.06*

Stadt und Fußball. Das neue Heft der Informationen zur modernen Stadtgeschichte beschäftigt sich mit dem Themen schwerpunkt „Stadt und Fußball“. Der verantwortliche Herausgeber Professor Franz-Josef Brüggemeier von der Universität Freiburg i.Br. betont in seiner Einleitung, dass dieses Themenfeld bislang sowohl in der Stadt- als auch der Sportgeschichte vernachlässigt wurde, obwohl in dieser Beziehung – auch ungeachtet des aktuellen Anlasses – viele wichtige Erkenntnisse für eine moderne Stadtgeschichte zu Tage zu fördern sind. Beispielsweise hinsichtlich der Entstehung spezifischer Stadt- bzw. Stadtteilidentitäten, der Integration bzw. Abgrenzung von Migranten. Die im Themen schwerpunkt heft gesammelten Beiträge sind im Verlag des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) veröffentlicht. www.difu.de

(Zusammenstellung: ulj)

Aufruf zur Gründung einer neuen Linken

Vorgestellt von Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei.PDS, Katja Kipping, stellvertretende Parteivorsitzende, den Geschäftsführenden Bundesvorständen der WASG Klaus Ernst und Felicitas Weck den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion DIE LINKE Gregor Gysi und Oskar Lafontaine am 2. Juni 2006 in Berlin

Am Beginn des 21. Jahrhunderts sind die Völker der Welt näher zusammengerückt. Satellitenfernsehen, Internet, internationaler Flugverkehr und die Entwicklungen auf dem Gebiet der Atomtechnik, der Biologie und der Chemie vermitteln in bisher nicht gekanntem Ausmaß die Erfahrung, dass alle Menschen ein gemeinsames Schicksal verbindet. Die Abhängigkeiten nehmen zu. Umweltschäden in einem Land haben ebenso schädliche Auswirkungen in den Nachbarländern. Die nationalen Volkswirtschaften verschmelzen miteinander und immer neue Erfindungen führen zu einer gewaltigen Steigerung der Produktivkräfte. In weniger als einem Jahrzehnt hat sich das Weltsozialprodukt verdoppelt und der Welthandel verdreifacht. Der Energieverbrauch wächst in atemberaubendem Tempo.

Während die Industriestaaten einen immer größeren Reichtum anhäufen, sterben Tag für Tag hunderttausend Menschen, weil sie zu wenig zu essen haben. Alle zehn Sekunden verhungert ein Kind, obwohl nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO zwölf Milliarden Menschen satt werden könnten.

Hunger und Unterernährung sind das Ergebnis einer barbarischen Weltwirtschaftsordnung. Der Kapitalismus ist auf seine ständige Expansion angewiesen. Er erobert Absatzmärkte und Rohstoffquellen, auch mit militärischer Gewalt. Ob Afghanistan oder Tschetschenien, Irak oder Iran, Syrien oder Saudi-Arabien, es geht nicht um Freiheit und Demokratie, sondern um die Öl- und Gasvorräte des vorderen Orients und der Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres. Im rücksichtslosen Kampf um Macht und Einflussphären missachten vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika die Menschenrechte und die Genfer Konventionen. Sie schieben das internationale Recht zur Seite und kündigen die Norm des Völkerrechts, die jeden Angriffskrieg verbietet. Nach der neuen Doktrin haben Staaten, die vorgeben, sich bedroht zu fühlen, das Recht, andere anzugreifen. Dieser Raubtierkapitalismus führt in weiten Teilen der Welt zu bitterer Armut und zum Terrorismus. Die USA bekämpfen diesen Terrorismus mit völkerrechtswidrigen Kriegen, in denen viele tausende unschuldiger Menschen ums Leben kommen. Sie setzen die Spirale der Gewalt fort und erzeugen dadurch immer wieder neue Bereitschaft zum Terrorismus.

Mit dem Zusammenbruch der So-

wjetunion ist eine Gesellschaftsordnung gescheitert, in die viele Menschen große Hoffnungen gesetzt hatten. Im Bestreben, allen ihren Bürgerinnen und Bürgern Lebenschancen und Arbeit zu geben und den Wohlstand gerecht zu verteilen, missachteten die osteuropäischen Staaten und die Sowjetunion die beiden großen Maximen Rosa Luxemburgs: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden.“ „Keinen Sozialismus ohne Demokratie und keine Demokratie ohne Sozialismus.“ Die im Vergleich zu den westlichen Ländern deutlich schlechtere ökonomische Ausgangslage und das wenig effektive Wirtschaftssystem zwangen die staatssozialistischen Länder sich im Westen stark zu verschulden, um den Lebensstandard ihrer Bevölkerungen zu heben. Trotz unbestreitbarer Fortschritte bei der Herstellung sozialer Gleichheit, der Überwindung von Bildungsprivilegien und der Gleichstellung der Frau erstarrten sie zu Systemen bürokratischer Bevormundung, fielen wirtschaftlich zurück und verloren in zunehmendem Maße die Unterstützung ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Das Scheitern dieser Versuche, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, die Verbrechen des Stalinismus und das Unrecht der Einparteidiktaturen entbinden die Linke nicht von der Verantwortung, einen neuen Anlauf zu machen, um die Barbarei der kapitalistischen Gesellschaft zu überwinden. Freiheit und soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus bedingen einander. In einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft ist die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit. Auch der Mensch ist nicht frei, der seine Mitmenschen unterdrückt und ausbeutet.

Der Menschheitstraum von einer Weltgesellschaft der Freien und Gleiches lebt. In Südamerika kommen sozialistische Präsidentinnen und Präsidenten an die Macht. Sie wollen die Nutzung der Rohstoffe ihrer Länder nicht länger internationalen Konzernen überlassen. Sie setzen auf die Demokratie und eine gerechtere Gesellschaft.

In Europa übernahmen am Ende des 20. Jahrhunderts sozialistische und sozialdemokratische Parteien Regierungsverantwortung. Sie waren aber zu schwach, sich dem immer ungehemmter agierenden Kapitalismus in den Weg zu stellen. Vielmehr unterwarfen sie sich willfährig den multinationalen Konzernen und den Imperativen der interna-

tionalen Finanzmärkte. Deregulierung, Privatisierung, Abbau von Demokratie, Steuersenkungen für Konzerne und Reiche und Kürzungen sozialer Leistungen waren die neuen Heilsbotschaften. Der Neoliberalismus, ursprünglich nur eine Wirtschaftstheorie, wurde zur Ersatzreligion. Er korrumptiert die Sprache und damit auch das Denken.

Die neoliberalen Ideologen sprechen vom Umbau des Sozialstaates und meinen seinen Abbau. Sie reden von zukunftsweisenden Reformen und meinen die Kürzung sozialer Leistungen. Der Kündigungsschutz wird verwässert, die Tarifverträge werden durchlöchert und die Einrichtungen der öffentlichen Da-seinsvorsorge werden verkauft. Zunehmend mehr Menschen arbeiten in ungesicherten, schlecht bezahlten Jobs, in denen sie schamlos ausgebeutet oder zur Selbstausbeutung gezwungen werden. Die sozialen Sicherungssysteme, die den Menschen Schutz und soziale Rechte geben sollen, werden privatisiert. Höhepunkt dieser Entwicklung in Deutschland sind die von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen beschlossenen Hartz-Gesetze und die Agenda 2010.

Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Durch den Anstieg der Produktivität werden immer mehr Dienstleistungen und Produkte von immer weniger Beschäftigten bereitgestellt. Dieser Fortschritt sollte allen zu gute kommen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Bei Erwerbstätigen wachsen Stress und Arbeitszeit. Erwerblose werden unter Druck gesetzt und ausgegrenzt. Der Arbeitsmarkt wird flexibilisiert und den Beschäftigten eine extreme Mobilität abverlangt. Befristete Arbeitsverträge, Arbeitszeiten rund um die Uhr und immer längere Wege zum Arbeitsplatz zerstören das Familien- und Gemeinschaftsleben. Die mit der Deregulierung und Flexibilisierung einhergehende Auflösung sozialer Bindungen und Lebenswelten verändert die Menschen und setzt bei ihnen zerstörerische Potenziale frei. Millionen Menschen sind arbeitslos und haben das Gefühl, von der Gesellschaft nicht mehr gebraucht zu werden. Während die Konzerngewinne und die Vermögensinkommen immer neue Rekorde brechen, sinken die Löhne. Arbeitslosengeld und Renten werden gekürzt. Im Zuge dieser Entwicklung geht die Wahlbeteiligung zurück und rechte Parteien haben Zulauf. Die neoliberal gewendete Sozialdemokratische Partei Deutschlands verliert Mitglieder und Wählerinnen und Wäh-

ler. Sie, die einst für Frieden und soziale Gerechtigkeit stand, befürwortet ebenso wie CDU/CSU, FDP und Grüne völkerrechtswidrige Kriege, eine niedrige Staatsquote und ständige Einschnitte ins soziale Netz.

Der Zeitpunkt ist gekommen, die versprengten Kräfte der Linken zu sammeln. Die aus der SED hervorgegangene PDS hat sich verändert. Sie hat viele neue Mitglieder gewonnen und ist zu einer demokratischen sozialistischen Partei geworden. Diesen Veränderungen entspricht ihr neuer Name: Linkspartei. Die WASG wurde vor allem von enttäuschten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie Vertreterinnen und Vertretern sozialer Bewegungen gegründet. Über vier Millionen Wählerinnen und Wähler gaben Linkspartei und WASG bei der Bundestagswahl 2005 den Auftrag, eine neue linke Partei zu gründen.

DIE LINKE versteht sich als Sammlungsbewegung von Menschen unterschiedlicher politischer und sozialer Herkunft, die für mehr soziale Gerechtigkeit kämpft. Sie will eine solidarische Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist. Sie will eine offene Gesellschaft, in der die Menschen, unabhängig von Herkunft und Hautfarbe, Religion und Staatsbürgerschaft, Geschlecht und sexueller Orientierung die gleichen Rechte und Chancen haben.

DIE LINKE will mehr Demokratie wagen und tritt für den Ausbau der Grund- und Freiheitsrechte ein. Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, über Volksbegehren und Volksentscheide an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen mitzuwirken. Politisches Engagement findet seinen Ausdruck nicht nur in der Mitgliedschaft in einer Partei, sondern auch in der Mitarbeit in einer Nichtregierungsorganisation und in sozialen Bewegungen. DIE LINKE wird die Forderungen der außerparlamentarischen Bewegungen aufgreifen und deren Mitwirkung am politischen Entscheidungsprozess unterstützen.

DIE LINKE will die Fehler traditioneller kapitalismuskritischer Organisationen nicht wiederholen und sich nicht in das globalkapitalistische System einbinden lassen. Sie stützt sich auf die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und die gesetzlich geregelten staatlichen Zuschüsse.

Ihre Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sind den demokratischen Beschlüssen der Parteigremien und den vor Wahlen gegebenen Versprechen verpflichtet. Sie betätigen sich im Gegensatz zu den Vertreterinnen und Vertretern anderer Parteien nicht als Lobbyisten von Konzernen oder Wirtschaftsverbänden.

DIE LINKE setzt auf das friedliche Zusammenleben der Völker. Sie will, dass Außenpolitik Friedenspolitik ist und fordert eine präventive Politik zur Konfliktvermeidung. Sie verurteilt imperialistische Kriege um Absatzmärkte und Rohstoffe und verteidigt das Recht der Völker, selbst über die Nutzung ihrer Reichtümer verfügen zu können. Sie besteht auf der Einhaltung des Völkerrechts und des Atomwaffensperrvertrages. So lange die Atommächte ihre nuklearen Arsenale nicht abrüsten, werden sich andere Staaten Atomwaffen zulegen.

DIE LINKE bekennt sich zum demokratischen Sozialismus. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Weil der Schwächere nur frei sein kann, wenn ihn Gesetze und Regeln vor der Willkür der Stärkeren schützen, setzt sie auf Regulierung statt auf Deregulierung. Den moralischen Grundwerten der Gesellschaft soll auch in der Wirtschaft Geltung verschaffen werden. Gesetze und Regeln müssen sicherstellen, dass die Kapitalverwertung dem Gemeinwohl verpflichtet ist, wie es das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verlangt. Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge müssen in öffentliche Eigentumsformen überführt werden und demokratischer Kontrolle unterliegen.

DIE LINKE kämpft für die Gleichstellung von Männern und Frauen. Die Frauenbewegung ist eine ihrer politischen Wurzeln. Deshalb streitet sie für soziale Sicherungssysteme, die von einem individuellen Rechtsanspruch ausgehen. Dieser soll auch für das Sozial-, Steuer- und Arbeitsrecht gelten. Die LINKE will die lohnpolitische Gleichstellung der Frau. Es ist nicht hinnehmbar, dass Frauen in Deutschland deutlich weniger Lohn erhalten.

DIE LINKE will die Herstellung gleicher Lebensbedingungen in Ost und West. Die neoliberalen These, wonach sich durch niedrigere Löhne und längere Arbeitszeiten die Arbeitslosigkeit überwinden ließe, ist durch die Entwicklung in den ostdeutschen Ländern eindeutig widerlegt. Die Arbeitslosigkeit war und ist in den neuen Ländern doppelt so hoch wie im Westen. DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Menschen in Ost und West gleich behandelt werden bei Einkommen, sozialen Leistungen und Renten. Positive kulturelle und soziale Erfahrungen der Ostdeutschen wie längeres gemeinsames Lernen müssen auf ganz Deutschland übertragen werden.

DIE LINKE will eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen, vor allem im Öffentlichen Dienst und im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Sie will eine Wirtschaftsord-

nung, die allen Menschen die Möglichkeit gibt, sich am Erwerbsleben zu beteiligen. Erzwungene Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt, der oft zu Vereinsamung und Ausgrenzung führt, auch wenn es jenseits der klassischen Erwerbsarbeit sinnvolle Tätigkeiten gibt, die wir fördern wollen. Die Verteilung des gemeinsam erarbeiteten Reichtums soll in erster Linie die lebendige Arbeit belohnen und nicht das tote Kapital. Eine Wirtschaftspolitik nach dem Vorbild skandinavischer Staaten verbindet einen hohen Beschäftigungsstand mit einem dicht geknüpften sozialen Netz. Überdurchschnittliche Investitionen in Bildung und Forschung und in die öffentliche Infrastruktur sowie ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst bilden in diesen Ländern die Grundlage für eine gute wirtschaftliche Entwicklung und einen steigenden Wohlstand. DIE LINKE tritt für eine Finanz- und Steuerpolitik ein, die es dem Staat ermöglicht, seinen Aufgaben nachzukommen. Durch gerechtere Steuern und Abgaben will sie die hohen Einkommen und die großen Vermögen an der Finanzierung der Staatsaufgaben angemessen beteiligen. Eine fünfprozentige Besteuerung des Geldvermögens der reichsten Deutschen brächte jährlich einhundert Milliarden Euro zusätzlich für die öffentlichen Kassen.

DIE LINKE will Schluss machen mit einer Politik, die das öffentliche Vermögen verkauft und damit die Bevölkerung enteignet. Statt der neoliberalen Privatisierung will sie die gesellschaftliche, das heißt die staatliche und kommunale Verantwortung für Bildung und Gesundheit, für Wasser- und Energieversorgung, für Stadtentwicklung und Wohnungen, für öffentlichen Nah- und Fernverkehr, sowie für wichtige Teile der Kultur. Gewählte Repräsentanten sollen die örtliche Daseinsvorsorge gestalten. Der Abbau von Stellen im Öffentlichen Dienst vergrößert die Arbeitslosigkeit. In kaum einer anderen Industriegesellschaft – nicht in den USA, auch nicht in Großbritannien und schon gar nicht in den skandinavischen Ländern – arbeiten im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten so wenige Bürgerinnen und Bürger im Öffentlichen Dienst wie in Deutschland.

DIE LINKE tritt für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft ein: Um die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu erhalten, müssen wir nachhaltig wirtschaften und mit der Atmosphäre, dem Wasser und der Erde verantwortungsbewusst umgehen. Gerade die führenden Industrienationen, die am meisten zur Verschmutzung von Luft und Wasser beitragen, sind verpflichtet, ihren Umgang mit den natürlichen Ressourcen grundlegend zu verändern.

DIE LINKE lehnt die Stromerzeugung aus Atomenergie ab. Im interna-

tionalen Verteitungskampf um die knapper und teurer werdenden Energieträger darf die Umwelt nicht geopfert werden. Die Probleme der Energieversorgung nehmen zu. Energie muss für alle bezahlbar und ihre Gewinnung umweltverträglich sein. Deshalb darf die Energiewirtschaft nicht den Gesetzen des kapitalistischen Profitdenkens untergeordnet werden. Die Energiepreise müssen vom Staat genehmigt werden. Umweltfreundliche Energieträger und Technologien müssen Atomtechnik und schrittweise auch fossile Brennstoffe ersetzen.

DIE LINKE will die Wirtschaftsdemokratie. Die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften sollen wie in anderen europäischen Ländern das Recht auf einen politischen Streik, den Generalstreik haben. Auch die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und der Arbeitnehmer in den Unternehmen müssen erweitert werden. Über die für die Zukunft eines Unternehmens existenziellen Entscheidungen muss die Belegschaft abstimmen können. DIE LINKE tritt für ein erneuertes Verständnis von Solidarität zwischen Vollzeitbeschäftigen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit ungesicherten Arbeitsverhältnissen und Erwerbslosen ein.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung führt zur Konzentration des Vermögens in den Händen einer Minderheit. Fünfhundert Konzerne kontrollieren die Hälfte des Weltsozialproduktes. Die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht gefährdet die Demokratie. Macht, die demokratisch nicht legitimiert ist, darf die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht bestimmen. DIE LINKE will das Prinzip der Politik. Stark konzentrierte Wirtschaftsbereiche müssen entflochten werden. Aus diesem Grund wollen wir die Kartellgesetzgebung verschärfen. Nur dann können Markt und Wettbewerb ihre Wirkung entfalten und den gesellschaftlichen Wohlstand steigern. Markt und Wettbewerb führen nicht nur zu einer effizienten Wirtschaft, sondern ebenso zur Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungen und damit zur Einschränkung wirtschaftlicher Macht. DIE LINKE setzt daher vorrangig auf die Förderung der 2,9 Millionen Unternehmen, die weniger als 10 Millionen Euro Umsatz machen, und der über eine Million Kleinbetriebe, die in Deutschland weniger als zehn Beschäftigte haben.

DIE LINKE widersetzt sich dem sozialen Kahlschlag. Sie will den Sozialstaat verbessern und die Systeme der sozialen Sicherheit so erneuern, dass sie den Herausforderungen der Zukunft in einer sich verändernden Arbeitswelt standhalten. Sie sollen auf einer Bürgerversicherung beruhen, die durch eine Abgabe auf alle Einkommen finanziert wird. Mit der Bürgerversicherung wird

die Alterssicherung wieder auf verlässliche Füße gestellt. Die Vermeidung von Altersarmut der Rentnerinnen und Rentner und der Kampf gegen die immer ungleicher werdende Einkommensverteilung im Alter stehen dabei im Mittelpunkt. Ein gesetzlicher Mindestlohn und eine represionsfreie soziale Grundsicherung sollen allen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, auch denen, die nicht lange genug in die Sicherungssysteme einzahlen konnten. Die Schutzrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen ausgebaut werden. Dabei orientiert sich DIE LINKE am Leitbild eines demokratischen Sozialstaates und tritt für soziale Mindeststandards ein, die gegen Armut schützen und die Teilhabe an der Demokratie ermöglichen.

DIE LINKE tritt für Chancengleichheit in der Bildung ein und wendet sich gegen jede elitäre Ausgrenzung. Von der Kindertagesstätte bis zum Lernen als lebenslangem Prozess müssen die institutionellen, materiellen und kulturellen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass alle ihre Talente und Begabungen entwickeln und nutzen können. DIE LINKE fordert mehr Investitionen in die fruhkindliche Bildung und das Recht auf kostenfreie Kita-Plätze und Lernstandards für Kindertagesstätten. Sie sollen sicherstellen, dass Kinder unabhängig von ihrer Herkunft gleiche Lernvoraussetzungen erhalten, bevor sie in die Schule kommen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, das dreigliedrige Schulsystem abzuschaffen und ein integratives Gesamtschulsystem einzuführen. Dieses soll sich in der personellen und materiellen Ausstattung wie auch in den Lernfeldern – intellektuelles, kognitives und musisches Lernen – an dem finnischen Bildungssystem orientieren. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür und für die Ermöglichung der Berufstätigkeit der Eltern ist die Umstellung von Halbtags- auf Ganztagschulen.

DIE LINKE will Informationsfreiheit. Sie wendet sich gegen jede Monopolbildung im Bereich der Massenmedien. Journalistische und kulturelle Vielfalt müssen durch Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und den Ausbau der inneren Pressefreiheit gefördert werden. Die Verflechtung von publizistischer und politischer Macht stellt eine Gefährdung der Demokratie dar. Der „Informationskapitalismus“ ist keine bloße Fiktion, sondern wird zur bedrohlichen Realität, wenn Produktion, Distribution und Speicherung von Informationen in Monopolen konzentriert werden und das kollektive Gedächtnis der Menschheit in Gestalt der Schrift und der Speicherung audio-visueller Zeichen privatisiert wird.

DIE LINKE will ein vereintes Europa. Ihr ist bewusst, dass die Verwirklichung dieser Vision nur auf einer sozi-

alstaatlichen Grundlage gelingen kann. Das Zusammenleben der Europäerinnen und Europäer sollen Verträge und Gesetze regeln, die den Dumping-Wettbewerb zwischen den Ländern unterbinden, indem sie Mindeststandards für Grundrechte, Löhne, soziale Leistungen, Steuern und Umweltschutz vorschreiben.

Die Antwort auf die Europäisierung der politischen Auseinandersetzungen und der sozialen Kämpfe ist eine europäische Linkspartei, die die politische Alternative zum Europa der Neoliberalen entwickelt.

DIE LINKE tritt in Kommunalparlamenten und Landtagen, im Bundestag, im Europäischen Parlament sowie in außerparlamentarischen Bewegungen für ihre Ziele ein. Sie widersetzt sich der neoliberalen Politik und will deren Hegemonie brechen. Dazu bedarf es einer Politik, die den Zeitgeist verändert. Protest, Mitgestaltung und Alternativen, die über den Kapitalismus hinausweisen, bilden in der Arbeit der Linken eine strategische Einheit. Sie übernimmt dann Regierungsverantwortung, wenn sie die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern und alternative Entwicklungspfade öffnen kann. Sie wird aber nur unter Beachtung ihrer Grundsätze Koalitionen mit anderen Parteien eingehen. Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge dürfen nicht privatisiert werden. Der Personalabbau in Bund, Ländern und Gemeinden muss generell gestoppt und ebenso die Kürzung sozialer Leistungen verhindert werden.

Gegen die Übermacht des Kapitals lassen sich demokratischer Fortschritt und die Verbesserung der Lebensverhältnisse für eine große Mehrheit nur in einem breiten Reformbündnis erreichen. In der ganzen Welt formiert sich Widerstand gegen den entfesselten, neoliberalen Kapitalismus. Auch in Deutschland sind alle, die ein friedlicheres, gerechteres, ökologischeres und soziales Zusammenleben der Menschen wollen, aufgerufen, bei der Gründung der neuen linken Partei mitzuarbeiten.

Berlin, 2. Juni 2006

Die gemeinsame Steuerungsgruppe machte am 7. Juni folgenden Vorschlag für den weiteren Zeitplan, über den die Parteivorstände am 12.6 bzw. 1./2.7. beschließen:

- Vereinbarung zum Prozess der Parteibildung; Verfahren und Ablaufplan
- Entwurf der Gründungsdokumente (Herbst 2006)
- anschließende Diskussion der Gründungsdokumente auf zwei parallel tagenden Bundesparteitagen von Linkspartei PDS und WASG (Frühjahr 2007)
- Urabstimmung der Mitgliedschaft der beiden Parteien
- Gründungsparteitag (Mai/Juni 2007)

„Fragen stellen, Dinge in die Schwebe bringen und vom Rand aus beobachten“

In ihrer Begründung für die Vergabe des diesjährigen Heinrich-Heine-Preises der Stadt Düsseldorf an Peter Handke hat die Jury am 20.5.2006 Folgendes hinsichtlich seiner Person festgestellt: „Eigensinnig wie Heinrich Heine verfolgt Peter Handke in seinem Werk seinen Weg zu einer offenen Wahrheit. Den poetischen Blick auf die Welt setzt er rücksichtslos gegen die veröffentlichte Meinung und deren Rituale.“¹ Jetzt, im Nachhinein, wo man weiß, dass diese Preisvergabe schließlich doch nicht erfolgt ist – wenn auch mit einer völlig anderen Begründung, auf die weiter unten einzugehen sein wird –, ist es von besonderem Interesse, ob es Belege gibt für diese erste Begründung? D.h. Tatsachen, die diese Begründung rechtfertigen?

Peter Handke – „personifizierter Artikel sieben“

Zur Beantwortung dieser Fragen kann man u. a. folgendem öffentlichen Hinweis nachgehen: „Im Frühjahr 1981 ist der Roman ‚Der Zögling Tjaz‘ von Florjan Lipus [slowenischer Autor/Red.] in der deutschsprachigen Übersetzung Peter Handkes erschienen. Peter Handke



Peter Handke, hier während der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Universität Salzburg

wurde für diese literarische Leistung vom Wiener *Extrablatt* als ‚personifizierter Artikel sieben‘ bezeichnet. Ne-

ben Lipus hat Handke später noch Gustav Janus [dt./Red.] übersetzt². Beide Übersetzungen gelten aus Sicht der slowenischen Literaturwissenschaft mittlerweile als „legendär“. Lipus und Janus gehören der Minderheit der Kärtner Slowenen; sie sind mit ihren Veröffentlichungen tätig für das Lebendigbleiben ihrer Sprache. Der Ehrentitel, mit dem das *Extrablatt* Peter Handke bedachte, reflektiert diese Situation bzw. trägt ihr auf ganz spezifische Weise Rechnung. Denn der angesprochene ‚Artikel sieben‘ betrifft jene Bestimmungen im so genannten Staatsvertrag vom 15.5.1955, welche die „Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten“ definieren und die entsprechenden Regelungen festsetzen. Dieser Staatsvertrag für Österreich ist der vorletzte Friedensvertrag jenes Netzwerks von Verträgen, die die Alliierten und Assoziierten Mächte der Antihitlerkoalition abgeschlossen haben (der letzte betraf Deutschland). Dieser Vertrag stand bzw. steht in engem Zusammenhang mit jenen Friedensverträgen, die bereits im 1947 mit den ehemaligen Verbündeten des Großdeutschen Reichs abgeschlossen wurden.

**Dokumentiert aus:
Welt am Sonntag, 4. Juni**

Störer der Konsensrepublik

Peter Handke soll den Heine-Preis der Stadt Düsseldorf nicht bekommen. Die Debatte um Handke, das Verhalten von Jury-Mitgliedern und Politikern zeigen vor allem eines: Die Unfähigkeit, mit einem Dichter umzugehen, der sich der herrschenden Meinung und der geforderten Eindeutigkeit verweigert

von Volker Corsten

„Wohlbemerkt: hier geht es ganz und gar nicht um ein: ‚Ich klage an.‘ Es drängt mich nur nach Gerechtigkeit. Oder vielleicht überhaupt bloß nach Bedenklichkeit, Zubedenken-Geben.“ Das schrieb Peter Handke in einem Essay, der am 13. Dezember 1996 in der Wochenendbeilage der „Süddeutschen Zeitung“ veröffentlicht wurde.

Der Essay trug einen nicht nur damals, sondern offensichtlich noch heute empörenden Titel: „Gerechtigkeit für Serbien“. Handke selbst nannte seinen „Reisebericht“ in einem „Zeit“-Interview „Wort für Wort einen Friedenstext.“

Wer das nicht sieht, kann nicht lesen.“

Viele konnten nicht – und hatten auch bei späteren Texten, Reden und Handlungen des Dichters ihre Verständnisprobleme. Handke besucht 2005 Slobodan Milosevic in seiner Zelle, schreibt darüber einen Essay. Unverständnis. Handke reist 2006 zur Beerdigung von Milosevic, redet dort. Fassungslosigkeit.

Nun sollte ausgerechnet dieser Peter Handke, der „Freund des serbischen Volkes“ (Handke über Handke), dessen Texte offenbar sehr wenige gelesen, dessen Handlungen aber noch weniger verstanden haben, den Heinrich-Heine-Preis der Stadt Düsseldorf bekommen. Sollte, denn seit dieser Woche scheint klar – er bekommt ihn nicht.

Aber der Reihe nach: Am 22. Mai verkündete die Stadt, dass die Jury den Heinrich-Heine-Preis, mit 50.000 Euro zum höchstdotierten seiner Art aufgestockt, im Jahr des 150. Todestages des Dichters an Peter Handke vergibt. Die Begründung der Jury: „Eigensinnig wie Heinrich Heine verfolgt Peter Handke in seinem Werk seinen Weg zu einer offenen Wahrheit. Den poetischen Blick auf die Welt setzt er rücksichtslos gegen die veröffentlichte Meinung und deren Rituale.“ Dann brach der Sturm los.

Feuilletonisten, Leitartikler und Poli-

tiker (Daniel Cohn-Bendit: „der helle Wahn“) protestierten, ehemalige Preisträger wie Günter Kunert zeigten sich entsetzt, einzelne Juroren distanzierten sich von der Entscheidung, die sie selbst unterschrieben haben, etwa der Historiker Christoph Stölzl.

Am 1. Juni dann kündigten die Fraktionen von SPD, FDP und Grünen, die im Düsseldorfer Rathaus die Mehrheit haben, an, dass sie in der Sitzung vom 22. Juni die Preisverleihung verhindern würden. Der Rat der Stadt muss, völlig absurd, die Wahl bestätigen. Begründung: „Wir sind der Auffassung, dass Handke sich mit seinem öffentlichen Verhalten einem autoritären, verbrecherischen Regime angedient hat.“ Handke sei eines Preises unwürdig, der Personen auszeichnen soll, die „der Völkerverständigung dienen oder die Erkenntnis von der Zusammengehörigkeit aller Menschen verbreiten“. Der Düsseldorfer Kulturausschuss plädierte Freitag für eine „Bedenk- und Gesinnungspause“ (was für ein Wort!), als ob ein Gesinnungswchsel den Schaden beheben könnte.

Und eine Bedenkpause? Viel gedacht haben sich gerade die Politiker der Stadt, die in der Jury sitzen, offenbar auch vorher nicht. „Bei der Diskussion

sen worden waren: Finnland, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Italien. In Bezug auf Jugoslawien wird weiter unten näher darauf einzugehen sein. Jugoslawien zählt zu den Garantimächten für die Verträge mit Bulgarien, Ungarn, Italien – und Österreich.

Der angesprochene Staatsvertrags-Artikel hat folgenden – für die Beurteilung jenes o.a. Ehrentitel bedeutsamen – Inhalt:

„Artikel 7. Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten“

1. Österreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark genießen dieselben Rechte auf Grund gleicher Bedingungen wie alle anderen österreichischen Staatsangehörigen einschließlich des Rechtes auf ihre eigenen Organisationen, Versammlungen und Presse in ihrer eigenen Sprache.

2. Sie haben Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer oder kroatischer Sprache und auf eine verhältnismäßige Anzahl eigener Mittelschulen; in diesem Zusammenhang werden Schullehrpläne überprüft und eine Abteilung der Schulaufsichtsbehörde wird für slowenische und kroatische Schulen errichtet werden.

3. In den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, des Burgenlandes und der Steiermark mit slowenischer, kroatischer oder gemischter Bevölkerung wird die slowenische oder kroatische Sprache zusätzlich zum Deutschen als

Amtssprache zugelassen. In solchen Bezirken werden die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur sowohl in slowenischer oder kroatischer Sprache wie in Deutsch verfaßt.

4. Österreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark nehmen an den kulturellen, Verwaltungs- und Gerichtseinrichtungen in diesen Gebieten auf Grund gleicher Bedingungen wie andere österreichische Staatsangehörige teil.



Nach der Niederwerfung des Faschismus kehrten die deportierten Slowenen wieder nach Kärnten zurück

5. Die Tätigkeit von Organisationen, die darauf abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, ist zu verbieten.“³

Diese Bestimmungen tragen v.a. sowohl den Maßnahmen der großdeutsch-völkischen Politik in Kärnten während der Zwischenkriegszeit Rechung, die u.a. hinzielten auf systematische Unterdrückung des Gebrauchs der eigenen (slowenischen) Muttersprache. Wie auch denselben Maßnahmen der diesbezüglichen NS-Entnationalisierungspolitik, wie sie insbesondere der Fall waren ab 1941 – nach dem Überfall auf Jugoslawien und dessen Okkupation. Weil die Umsetzung dieser Bestimmungen des o.a. Art. 7 in der österreichischen Wirklichkeit weitgehend vermieden oder verweigert wurde, spricht selbst der Präsident des Österreichischen Verfassungsgerichtshofes von einer „Schande für den Rechtsstaat“ (dt.).

**Slowenisches Kärnten,
Einheit Jugoslawiens**

In diesem gesellschaftlichen Umfeld hat somit jene o.a. Würdigung der Übersetzungstätigkeit von Peter Handke seitens des Wiener *Extrablatt* ihren Ausgangspunkt – hier erhält man Aufschluß über die Wahrnehmungs- und Erfahrungswelt, aus der er herstammt. Er wurde 1943 in der Nähe von Völkermarkt (östlich von Klagenfurt) geboren – als Kind einer slowenischen Mutter und eines deutschen Vaters. Bis zu sei-

stellte sich rasch heraus, dass die meisten Juroren unvorbereitet waren und sich offensichtlich nicht einmal mit den Dossiers vertraut gemacht hatten, die ihnen seit Tagen vorlagen“, schrieben zwei Jury-Mitglieder, die „Literaturen“-Chefredakteurin Sigrid Löffler und der Pariser Literaturwissenschaftler Jean-Pierre Lefebvre, in einer Erklärung.

Mit der gaben sie Freitag ihren Rückzug aus der Jury bekannt. Sie betonten in ihrer Erklärung, dass der Heine-Preis – wie die vorherigen Preisträger W.G. Sebald, Elfriede Jelinek und Robert Gernhardt zeigten – ein „literarisches Profil“ habe, „alle Preisträger für ihr literarisches Werk im Sinne Heines“ geehrt wurden. Sigrid Löffler gilt als treibende Kraft bei der Entscheidung für Handke.

Dass die ganze Sache mehr als peinlich ist, für die Stadt, die Juroren, die Politiker und letztlich auch für Peter Handke selbst, ist klar; dass der Preis kaum noch erstrebenswert ist, ebenfalls. Die Verteidiger Handkes sind „entsetzt“ (Elfriede Jelinek) oder sprechen von „Zensur“ (Marlene Streeruwitz). Handke selber hatte 1999 – wegen des Bombardements Belgrads durch die Nato – den Büchner-Preis zurückgegeben und gesagt, er werde keinen Preis mehr an-

nehmen, weil er öffentlich „sein Idiotentum“ niemals mehr zeigen wolle.

Für Heine aber macht er eine Ausnahme – und er kämpft um den Preis und seine Reputation – nicht nur als Dichter. Denn zu einem der ewigen Mantren, die dadurch nicht wahrer werden, gehört die Beurteilung Handkes als großer Dichter, aber unzurechnungsfähiger Beschreiber der politischen Gegenwart. Letztere heißt in Handkes Fall: Serbien.

Dass Handke sich selbst für satisfaktionsfähig hält, dass er sehr genau die Zeitungen verfolgt, belegt dagegen nicht nur seine Kritik an der „veröffentlichten Meinung“, die er in Interviews, Essays oder Theaterstücken formuliert (etwa in „Die Fahrt im Einbaum – Das Stück zum Film vom Krieg“, 1999). Es zeigte sich auch diese Woche, als Handke gleich zweimal versuchte, seine Ehre zu retten – nicht als Dichter, sondern als politischer Kopf. Am Donnerstag mit einem längeren Text in der „SZ“, am Dienstag in der „FAZ“ mit einem kürzeren Versuch, „einige Richtigstellungen“ zu machen: „1. Ich habe nie eins der Massaker in den Jugoslawienkriegen 1991-95 gelegnet oder abgeschwächt, oder verharmlost, oder gar gebilligt. 2. Nirgendwo bei mir kann man lesen, ich hätte Slobodan Milosevic als ‚ein‘ oder

„das Opfer“ bezeichnet.³ Richtig ist: Anlässlich des okzidentalalen Diktats gegen Jugoslawien von Rambouillet, im Februar 1999, habe ich mich vor der Kamera des Belgrader Fernsehens verhaspelt, wobei herauskam, in meinem Französisch, die Serben seien noch größere Opfer als die Juden – was ich dann, nachdem ich, ungläubig, das Band mit dem von mir produzierten Un-Sinn angehört hatte, schleunigst schriftlich korrigierte.“

Das mögen Handkes Gegner nicht hören und erst recht nicht glauben. Wer sich allerdings die Mühe macht, Handkes Texte, Essays und Interviews zu Serbien zu lesen, der wird feststellen, was Politiker und Leitartikler, die wenig Zeit, aber viele Schubladen im Kopf haben, nicht sehen wollen. Handke hat in diesen Punkten Recht. In seinem inkriminierten Reisebericht „Gerechtigkeit für Serbien“ etwa heißt es: „Du willst doch nicht auch noch das Massaker von Srebrenica in Frage stellen“, sagte S. bei meiner Rückkehr. „Nein“, sagte ich. „Aber ich möchte erklären, wie ein solches Massaker zu erklären ist.“

In seinem Essay „Die Tablas von Daimiel“ („Literaturen“, 2005) über seinen Besuch bei Milosevic im Gefängnis von Den Haag erzählt Handke, er habe Mi-

nem Fortgang nach Graz (Rechtsstudium) ist er in diesem Teil Südkärntens aufgewachsen bzw. zur Schule gegangen – zum Schluss in Klagenfurt. Über den Bruder seiner Mutter, der nach dem 1. Weltkrieg für Jugoslawien votiert hatte und in Maribor lebte, sind starke Anregungen zum frühen bzw. dauerhaften Interesse an der slowenischen Sprache an ihn gelangt. Das erklärt seine Fähigkeiten in Sachen Übersetzung: Dieses konkrete Aufeinander-Beziehen zweier Sprachen erfordert ein hohes Maß an Sich-hineindenken-Können bzw. Sich-hineinfühlen-Können. Peter Handke ist offenkundig vertraut mit der slowenischen Sprache. Dieses Vertrautsein befähigt ihn dazu, sie zu schätzen als einen weitgehend verlorengegangener Reichtum – was Österreich, genauer: das slawische Österreich – anbelangt.

Handke hat (2002) anlässlich der Entgegennahme der Ehrendoktorwürde der Universität Klagenfurt eindringlich zur Lektüre dreier Bücher von Kärntner Slowenen aufgerufen – Bücher, die die Deportation der Kärntner Slowenen während des zweiten Weltkriegs sowie den Widerstand der Partisanen gegen das NS-Regime zum Inhalt haben. Dieser Aufruf trägt folgendem geschichtlichen Hintergrund Rechnung: In Kärnten lag noch gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Anteil der slowenischsprachigen Bevölkerung bei über einem Viertel der Gesamtbevölkerung. Die NS-Entnationalisierungspolitik (ab 1941), die Seite 14 im beigelegten Kas-

ten dokumentiert ist, hat all jene Maßnahmen, die bereits in der Zwischenkriegszeit der Fall waren, systematisch und in großem Stil fortgesetzt. Schon in der Zeit nach 1920 war die Entnationalisierungspolitik nicht nur ausgerichtet auf Germanisierung durch möglichst umfassende Unterdrückung jedweden Gebrauchs der slowenischen Sprache. Sondern diese Politik war auch ausgerichtet auf ‚Eindeutschung‘ des Grund und Bodens – durch gezielte Ansiedlungspolitik: „Die ‚Kärntner Bodenstelle‘ kaufte bzw. ersteigte verschuldete Höfe im damals noch vorwiegend slowenischsprachigen Gebiet und vermittelte sie an ‚Deutsche‘, darunter auch reichsdeutsche Interessierte.“⁴

Die NS-Entnationalisierungspolitik hat diese Ansiedlungspolitik von der bisherigen Notwendigkeit eines regulären Kaufs befreit. Sie war von vorneherein angelegt auf Landraub bzw. Raub von mobilem und immobilem Eigentum – durch Vertreibung oder Ausrottung der bisher dort lebenden Bevölkerung. In Jugoslawien hat sich diese Politik abgestützt auf die Zergliederung dieses Landes – im Zuge der Okkupation durch eigene und verbündete Kräfte – sowie auf den von der Ustascha-Regierung etablierten Gegensatz zwischen dem kroatischen Jugoslawien und dem restlichen Jugoslawien. Dass das Eindringen der deutschen Seite die Aufrichtung eines solchen Gegensatzes überhaupt erst ermöglicht hat, war eine wichtige Erfahrung bzw. Lehre für alle Teile der

damaligen jugoslawischen Bevölkerung. Dass man getrennt – jeder nationalsprachliche Teil dieser Gesellschaft für sich! – stets aufs Neue jener Entnationalisierungspolitik ausgeliefert sein würde, war eine weitere wichtige Erfahrung bzw. Lehre. Beides war konstitutiv für die Wiederherstellung der Einheit Jugoslawiens – von innen heraus, im Zuge des Befreiungskriegs der gemeinsam operierenden nationalen Partisanenverbände.

Die Wiederherstellung eines einheitlichen Jugoslawiens wurde nicht nur dort als Garant angesehen für die Abwehr jeglicher neuerlicher Zerstörung des friedlichen Miteinanderlebens sowie der Bereitschaft zur friedlichen Verständigung untereinander. Sondern auch die Staatengemeinschaft und ihre Zivilgesellschaften, die sich zusammengeschlossen hatten als Alliierte und Assoziierte Mächte der Antihitlerkoalition, begriffen die Wiederherstellung der Einheit Jugoslawiens als eine Garantie für die Abwehr jedweder Erneuerung einer großdeutsch-völkischen Aggression und der mit ihr einhergehenden Kollaboration im Südosten Europas. Die oben angesprochenen Friedensverträge (1947) mit den Nachbarstaaten Bulgarien, Ungarn, Italien sowie der Friedensvertrag mit Österreich (1955) enthalten daher territoriale, politische, wirtschaftliche und militärische Bestimmungen, die zum einen in diesen Ländern selbst jedweder Erneuerung jener Aggression und Kollabora-

losevic selber in dessen Beisein eine „tragische Person“ genannt, was Miloševic „fast irritierte“. Die Sympathie für die Figur Milosevic mag abstoßen, ein „Opfer“ hat er ihn nie genannt.

Und der unsägliche Vergleich zwischen Serben und Juden mag unglaublich klingen bei dem 64-Jährigen, der seit 1991 in Chaville bei Paris lebt, der mehrere Bücher aus dem Französischen übersetzte und in französischen Zeitungen publiziert. Er hat ihn aber in der Tat umgehend korrigiert.

Peter Handke macht es den Schubladendenkern der Konsensrepublik Deutschland nicht leicht. Er entzieht sich mit seiner Sprache beharrlich der Eindeutigkeit, er verstört mit seinem Beharren, in Slobodan Milosevic mehr als ein Monster zu sehen.

Peter Handke spielt also ständig, aus „Lust und Wut“ (Handke), mit dem Feuer – und produziert Bilder und Sätze, die ungeheuerlich wirken und klingen: Da gibt es dieses Bild von ihm, mit einer Rose in der Hand am Grab von Milosevic. Darauf angesprochen, antwortete er im „Focus“ am 27. März 2006: „Auf den Tod Slobodan Milosevics habe ich, anders als die so genannte Allgemeinheit, an deren Allgemeinheit ich nicht glaube, nicht ‚mit Genugtuung‘ reagiert, zu-

mal das Tribunal den seit fünf Jahren in einem angeblichen ‚Fünf-Sterne-Gefängnis‘ („Libération“) Verwahrten erwiesenermaßen hat sterben lassen.“ Er habe nicht vorgehabt, zum Begräbnis zu reisen, sei dann aber – von der Familie eingeladen – doch hingefahren. Der Grund: „Mehr waren es die Reaktionen der durchweg feindlichen Westmedien. (...) Nein. Sl. M. war kein ‚Diktator‘. Nein, Sl. M. hat nicht ‚vier Kriege auf dem Balkan angezettelt‘. Nein, Sl. M. hat nicht als ‚Schlächter von Belgrad‘ bezeichnet zu werden. Nein, Sl. M. war nicht ‚zweifellos‘ schuldig.“

Das mag scheinbar klingen, verbohrt, ewiggestrig. Es passt aber in Handkes Feldzug gegen das kaum mehr hinterfragte Wiederholen von Urteilen über Personen oder Sachen in den Medien.

Was Handke dabei aber schützt, ist sein Wissen um das Befangensein, die eigene Fehlbarkeit. Handke macht nie einen Hehl daraus, dass seine Trauer über den Zerfall Jugoslawiens, seine Parteianame für „das Volk der Serben“ eine subjektive ist, er keine politischen oder gar ökonomischen Gründe gelten lässt.

Der Wanderer Peter Handke, 1942 in einem Dorf in Kärnten geboren, Vater Deutscher, Mutter Slowenin, bezeichnet Slowenien in „Abschied des Träumers

vom Neunten Land“ als seine „Gehheimat“, als ein in seinen Augen schon immer eigenständiges Land, dessen Eigenstaatlichkeit er deshalb nicht verstehe. In „Gerechtigkeit für Serbien“, einem durchaus differenzierten Text, erzählt er von seiner „Phantomangst“ vor dem Zerfall von etwas, das für ihn zusammengehört: Jugoslawien. Abschließend stellt er sich die Frage: „Hat es meine Generation bei den Kriegen in Jugoslawien nicht verpasst, erwachsen zu werden? (...) Erwachsen nicht wie die so zahlreichen, selbstgerechten, meinungs-schmiedhaften und dabei so kleingeistigen Mitglieder der Väter-und-Onkel-Generation, sondern erwachsen wie? Etwa so: Mit jenem einen Goethe-Wort: ‚Bildsam‘, und als Leitspruch vielleicht desselben deutschen Welt-Meister Reimpaar ‚Kindlich/Unüberwindlich‘, mit der Variante ‚Kindlich-Überwindlich‘.“

Peter Handkes Texte und Ansichten sind nicht so tumb, wie sie oft dargestellt werden. Sie sperren sich gegen das Eindeutige, politisch Korrekte, gegen den Konsens, den etwa Günter Grass mit seinen ewigen Bush-ist-doof-Reden verkörpert, die zwar von Kollegen bejubelt werden, aber niemanden nachdenklich machen.

tion entgegenwirken sollen. Zum andern sollten diese Bestimmungen, die die Antihitlerkoalition den Nachbarstaaten mit Bedacht auferlegt hat, auf diese Weise auch als äußere Absicherung des wiederhergestellten Jugoslawiens wirken. Vor diesem Hintergrund wird der schließliche Verzicht Jugoslawiens auf seine (ursprünglich zum eigenen Schutz bzw. zum Schutz der slawischsprachigen Minderheiten angedachten) territorialen Gebietsforderungen in Kärnten verständlich.

Man kann den Status Jugoslawiens, auf den es sich als Garantiemacht des Österreichischen Staatsvertrags zurückgenommen hat, vor diesem Hintergrund eher als Nicht-Schutzmacht begreifen: D.h. als beispielgebende Garantiemacht eines gelebten Miteinanders verschieden-sprachiger Teile der Zivilgesellschaft. Peter Handke hat sich von früh an gerne in dieser Welt aufgehalten, die ja in Europa durchaus eimaliigen Charakter hatte. Er hat wahrnehmen und erfahren können, dass dieses Miteinander (bei aller Behaftung mit vorläufigen Mängeln) im Prinzip möglich ist – und dass es sich ausdrückt in einer Vielzahl von Mindeststandards, die als selbstverständlich erachtet werden, füreinander. Man kann ihn – wie auch jeden anderen Menschen – verstehen, wenn er insisitiert auf die Machbarkeit bzw. Richtigkeit eines solchen zivilgesellschaftlichen Experiments. Das Gelingen dieses Experiments ist nicht abhängig vom Umfang des Gebiets, auf dem es stattfindet. Es ist vielmehr von solchen Wesenselementen abhängig, die bereits auf kleinstem Territorium – Kärnten z.B. – ausschlaggebend sind: Achtung, Respektierung, Wahrung der jeweils anderssprachigen Kultur und Identität; Vermeidung jedweder Anmaßung von Hegemonie; Bedachtnahme auf strikte Einhaltung bzw. Wahrung der Gleichberechtigung aller beteiligten Sprachen und Kulturen. Selbstverständlich bedarf es einer ausreichenden Anzahl von Menschen in einer solchen Gesellschaft, die für die Durchsetzung dieser Wesenselemente eintreten bzw. Sorge tragen. In diesem Sinne hat das Wiener Extrablatt jenes o. a. Wirken von Peter Handke aufgefasst – und dann entsprechend gewürdigt.

FAZ: „Deutschland trifft keine Schuld am Zerfall Jugoslawiens“ – Exkurs

Der hier im Kasten auszugsweise dokumentierte zeitgeschichtliche FAZ-Beitrag („Ein wohlfeiles Ammenmärchen...“, 29.5.2006) lässt keinen direkten Bezug zur Kontroverse um die Literaturpreisverleihung an Peter Handke erkennen. Dennoch stehen seine wesentlichen Feststellungen in einem mittelbaren politischen Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Person dieses Schriftstellers – ge-

Auszugsweise dokumentiert aus der FAZ vom 29. Mai 2006

Ein wohlfeiles Ammenmärchen

**– Deutschland trifft keine Schuld am Zerfall Jugoslawiens“
von Michael Martens**

„... Vielleicht wird angesichts neuen Realität auf dem Balkan (die montenegrinische Souveränität als die letzte der ehemaligen sechs Republiken Jugoslawiens Anm. d.V.) nun auch die absurde Behauptung verschwinden, Deutschland habe durch die ‚vorzeitige‘ Anerkennung Kroatiens und Sloweniens im Dezember 1991 den Zerfall Jugoslawiens eingeleitet, ja sogar den Krieg in Bosnien-Herzegovina verschuldet.“

„.... dennoch irrlichtert die Unterstellung, der damalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) habe Jugoslawien zerstört, bis heute nicht nur durch nationalistic Kreise in Serbien, sondern mitunter sogar auf internationalen Balkan-Konferenzen. Den Fakten zum Trotz ist aus dieser Behauptung ein wohlfeiles Ammenmärchen geworden.“

„Nun sind schon weitaus einfacher Pläne Spiele an der Unvorhersehbarkeit menschlicher Handlungen und der nicht berechenbaren Vielfalt der Faktoren zerschellt, die auf jedes Vorhaben einwirken.“

„So setzte sich langsam die Einsicht durch, dass eine Verzögerung der Anerkennung nur zu einer weiteren Verschärfung der Gewalt durch die JNA (Jugoslawische Volksarmee) führen werde.“

„Doch der Krieg in Bosnien wäre, wie man heute weiß, ohnedies gekommen; der Fehler war, dass der Westen sehr spät eingriff.“

„Zwar habe die Entscheidung der Deutschen den Ausbruch der Kämpfe in Bosnien beschleunigt ...“, „.... aber der Beginn des blutigsten der jugoslawischen Zerfallskriege (sei) letztlich nur noch eine Frag der Zeit gewesen“.

„Die alte Vorstellung eines serbisch dominierten Jugoslawiens als Bollwerk gegen ein erwartetes Vordringen deutschen Einflusses im Südosten Europas war in Paris und London noch sehr lebendig.“

„Lord Carrington schließlich, seit September 1999 Vorsitzender der EG-Friedenskonferenz für Jugoslawien, sah seine Bemühungen zunächst nicht etwa durch Milosevics Ignorieren alter Vermittlungsvorschläge, sondern durch Deutschlands vorzeitige Anerkennung beeinträchtigt. In Wirklichkeit war gerade Carringtons Drohung eines Waffenembargos gegen alle jugoslawischen Republiken letztlich der größte Anreiz für das hochgerüstete, seinen Gegnern militärisch überlegene Serbien, die Verhandlungen als spanische Wand zur Weiterführung seines Krieges zu nutzen.“

„Genscher zitiert in seinen Erinnerungen eine Äußerung Carringtons aus dem Jahr 1992, mit der dieser seine ursprüngliche Meinung revidiert und zugegeben habe, dass die Gewalt nach der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens eindeutig zurückgegangen sei. So folgte der Kritik an der vermeintlich verfrühten diplomatischen Anerkennung die verspätete politische Anerkennung deutscher Außenpolitik.“

nauer: um sein Verhältnis zu Jugoslawien. Der Autor des FAZ-Beitrags, Michael Martens, macht sein Verhältnis zu dieser ehemaligen Föderativen Republik an zwei Stellen wie folgt deutlich: „Das Unabhängigkeitsreferendum in Montenegro ... ist der letzte Akt eines Zerfalls Jugoslawiens, ein Drama in sechs Republiken, ist durch den Sieg der Befürworter einer montenegrinischen Souveränität am 21. Mai endgültig vom Spielplan genommen worden. [...] Auch andere Staaten [neben Deutschland/Verf.] hielten zu diesem Zeitpunkt [Dez. 1991/Verf.] nichts mehr davon, unter der Regie der Vereinten Nationen oder der EG nutzlose, weil ständig gebrochene Waffenruhen auszuhandeln und an der fixen Idee eines einheitlichen Jugoslawiens festzuhalten, das längst nicht mehr zu retten war.“

Dieser Autor hatte bei Abfassung seines Beitrags das wissenschaftliche und politische Problem, dass es sowas wie ein kollektives Gedächtnis innerhalb

der internationalen Staatengemeinschaft gibt, das z. B. um die ‚hohe Kunst‘ der reichsdeutschen Außenpolitik Bescheid weiß: Diese Außenpolitik war v.a. durch Methoden gekennzeichnet, die das Nürnberger Tribunal 1946 als Angriffshandlungen bewertet hat. Methoden, die z.B. unter Nutzung des ‚Selbstbestimmungsrechts‘ abzielten auf die Zerlegung von Staaten im Wege der Unterstützung bzw. Organisierung von entsprechenden Loslösungsbestrebungen – siehe Münchner Abkommen (1938) bzw. ‚Anschluss des Sudetenlands‘. Die Erfahrungen mit solchen Methoden sowie ihre Bewertung galten insofern als handlungsanleitende Kriterien innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft. Der Autor hatte hier das wissenschaftliche und politische Problem, einerseits zugeben zu müssen, dass diese Gemeinschaft aus historischen wie auch prinzipiellen Gründen an der territorialen Integrität jedes Mitglieds – also auch: Jugosla-



1940 wurde im Stadtteil Lendorf bei Klagenfurt eine SS-Kaserne errichtet (die heutige Khevenhüllerkaserne).

Zusätzlich wurde auf dem Gelände eine von insgesamt vier SS-Junkerschulen errichtet, eine Elite-Schule für SS-Offiziersanwärter. Treu dem SS-Spruch „SS-Mann, deine Ehre heißt Treue“ wurden die Anwärter allerdings nicht nur zum absoluten Kadavergehorsam gegenüber Hitler bis in den Tod erzogen. Ziel der Schule war die totale Identifikation mit den ideologischen Grundpfeilern des SS-Staates.

Auf dem Gelände SS-Kaserne, die auch die SS-Junkerschule beherbergte, befand sich zudem ab September 1943 bis zum Kriegsende ein Außenkommando des Konzentrationslagers Mauthausen. 80 bis 130 KZ-Häftlinge mussten hier und in der Stadt Klagenfurt Zwangsarbeit leisten. Auf drei „Gedenktafeln“ findet sich ein „Dank an die Garnisonsstadt Klagenfurt“. Die erste Tafel „ziert“ der abgewandelte SS Spruch „Des Soldaten Ehre ist seine Treue“. Was darauf schließen lässt das sich hier ehemalige Mitglieder der Waffen SS, „dankbar“ an ihre Zeit in Klagenfurt erinnern. „Positiv“ an die Garnisonsstadt erinnert sich auch die K IV. Schreibt sie doch in einem offenen Brief: „Klagenfurt war im Krieg Garnisonsstadt (Lendorf) für viele Kriegsteilnehmer aus dem gesamten Europäischen Raum. Diese jungen Freiwilligen aus den nördlichen und westlichen Staaten stellten sich der Fronttruppe der Waffen-SS auf Grund ihrer Grundeinstellung im Kampf gegen den Bolschewismus zur Verfügung ...“

wiens! – festhalten wollte. Und dass diese Gemeinschaft insbesondere mit Ablehnung bzw. Skepsis auf Loslösungsbestrebungen, die unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht jene Integrität in Frage stellten – insbesondere auch deswegen, weil hier die deutsche Seite als treibende auswärtige Kraft intervenierte. Und er hatte andererseits dasselbe Problem in die Richtung, dass es bislang keinerlei ernstzunehmende Belege für die komplette Unschuld der deutschen Seite in dieser Angelegenheit gibt.

M. Martens hat sich hier mit einer neueren US-Studie („German-Bashing and the Breakup of Yugoslavia“ – „also etwa „Deutschenprügeln und die Auflösung

Jugoslawiens“...) [M. Martens] sowie mit den Memoiren des damaligen Außenministers H.-D. Genscher auszurüsten versucht. In Bezug auf letzteren kann er jenen Zeitzeugen Lord Carrington nur über eine Behauptung Genschers nutzen – sozusagen als ‚Zeuge vom Hörensagen‘. Und in Bezug auf jene US-Studie kann er an keiner Stelle ihren deutlich erkennbaren Charakter (als einer Auftragstudie!) aus der eigenen Argumentation heraushalten. Sein Beitrag stellt aber dennoch eine neue Qualität jener Sorte von Meinungsformierung dar, die vor allem mit der Methode der Geschichtsklitterung arbeitet. Hier muss insofern dagege gehalten werden – und zwar abgestützt auf einen

Zeitzeugen, der gleichzeitig zur Innen- und Außenschau auf die Intervention der Bundesrepublik Deutschland in den jugoslawischen Bürgerkrieg befähigt war. Zu solchen Zeitzeugen zählt u. a. Horst Grabert – ehemaliger Chef des Bundeskanzleramts (1972–1974), dann Botschafter in Wien (1974–1979), in Belgrad (1979–1984) sowie in Dublin (1984–1987). H. Grabert stellt u. a. Folgendes zur in Rede stehenden Thematik fest:

„Will man heute [1996/Verf.] über die bisherige Rolle Deutschlands [im Jugoslawienkonflikt/Verf.] diskutieren, so soll dies offenbar der Erfahrungswertung dienen, die aber nur erfolgreich sein kann, wenn auf Schönfärberei ver-

Slowenien, Kroatien, Serbien und Mazedonien – 1941

Deportationspolitik des Großdeutschen Reichs im zergliederten Jugoslawien

Der Führer erteilt Weisung: Umwandlung slowenischer Kerngebiete in deutsches Land durch Freimachen von der dort ansässigen Bevölkerung – in Richtung Serbien und Mazedonien

Nr. 48 – Bericht des Bevollmächtigten des Auswärtigen Amtes in Serbien über Besprechung betreffend die Aussiedlung von Slowenen

Belgrad, den 6. Mai 1941

Bei heute in Marburg [Maribor/ Verf.] unter dem Vorsitz Reichsstatthalters Uiberreither abgehaltenen Besprechung über Umsiedlung Slowenen zusagte Militärbefehlshaber Serbien ... zur Ausführung der von Führer erteilten Weisung, Südsteiermark zu einem deut-

schen Land zu machen, so viele der auf 220–260 000 veranschlagten, aus Südsteiermark [slowenischer Teil Jugoslawiens/ Verf.] und Kärnten auszusiedelnden Slowenen in Altserbien unterzubringen wie möglich. – Umsiedlung kann nach Mitteilung Transportchefs ... nicht vor Anfang Juli beginnen, obwohl innere Reichsstellen auf schleunige Aktion grössten Wert legen... – Vorgesehen ist Umsiedlung in 3 Wellen ... –

Vorschlag, Teil Slowenen nach Kroatien abzuschieben, von Führer abgelehnt. Militärbefehlshaber möchte aber Italien und Bulgarien zur Aufnahme Teils Umsiedler bringen. Er erbittet Mitwirkung des Auswärtigen Amtes dafür, dass Italiener 60–70 000 aufnehmen ... – Weiterhin erbittet Militärbefehlshaber Einwirkung auf Bulgarien, im bulgarisch gewordenen Südserbien [Mazedonien] 40–50 000 Slowenen aufzunehmen. Da Unterbringung der Hauptmasse von 120–150 000 Slowenen in eingengtem altserbischen Raum bereits auf ernsteste Schwierigkeiten stösst, befürworte ich Bitte Militärbefehlshabers nachdrücklichst.

Benzler

Die Ustascha-Regierung macht sich der Reichsregierung dienstbar – und darf im Gegenzug das Gebiet des kroatischen Vassallenstaats serbenfrei machen

Nr. 57 – Bericht der Deutschen Gesandtschaft in Zagreb über die Stellung der kroatischen Ustascha-Regierung zur Aussiedlung von Slowenen
Telegram aus Agram [Zagreb] ... vom 13. Mai.

Super Citissime.

Hiesige Regierung erwägt Wunsch von Reichsregierung, aus der Untersteiermark ausgesiedelte Slowenen aufzunehmen, falls sie gleiche Zahl Serben nach Serbien abgeben kann. Erbitte Weisung dazu, welche Haltung ich einzunehmen soll.

Kasche.

Nach der Zergliederung Jugoslawiens und der Unterstellung großer Gebiete unter italienische bzw. bulgarische Hoheit: Einbindung dieser Verbündeten in die Deportationspolitik der Reichsregierung

Nr. 58 Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes über Umsiedlungsfragen in den besetzten slowenischen Gebieten Berlin, den 14. Mai 1941.

Hier besteht über Umsiedlungsfragen

Seit 1958 treffen sich alljährlich im Herbst Veteranen der Wehrmacht und (Waffen)-SS, sowie deren Angehörige und ideologische „Nachfahren“ im Schulterschluss mit Politprominenz bei der „Europa-Heimkehrerdenkstätte“ am Ulrichsberg in Kärnten, um dem vermutlich größten Treffen ehemaliger „Freiwilliger“ im deutschsprachigen Raum beizuwohnen. Die Bilder und Bildunterschriften auf dieser Seite entnahmen wir der Website www.ulrichsberg.at, über die Kritik und Widerstand dagegen mit organisiert werden, hier im September 2005



zichtet wird. Das Thema macht es dann auch erforderlich, über den eigentlichen Konflikt zu sprechen und nicht nur über sein Abbild, wie es bei uns verbreitet ist. – Hier beginnt das Dilemma bereits, denn selten ist ein Konflikt so oberflächlich und am gewünschten Ergebnis orientiert behandelt worden, wie der in Ex-Jugoslawien. [...]. Ganz unbestritten wichtig war die Rolle Deutschlands bei der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens[...].

[Am] ... 26.03.1991, nachdem die ersten Schüsse in Pakrac gefallen waren, reagierte die EPZ [Europäische Politische Zusammenarbeit] mit einer Erklärung: „Die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten beobachten die Lage in Ju-

goslawien mit größter Sorge ... Nach Auffassung der 12 [EG-Mitglieder/Verf.] hat ein geeintes Jugoslawien die besten Aussichten, sich harmonisch in das neue Europa einzugliedern.“ Zur gleichen Zeit schrieb Präsident Bush, dass die USA „eine Sezession nicht belohnen“ würden. Dieser Haltung lag die im Prinzip richtige Analyse zugrunde, die als Grund für die akute Krise von dem Sezessionsbegehrungen Sloweniens und Kroatiens ausging, und mit dieser Beurteilung stimmten die nichtjugoslawischen Regierungen und ihre Diplomaten bis zum 01.07.1991 auch weitgehend überein.

An diesem Tag löste sich jedoch die Gemeinsamkeit auf, da Helmut Kohl er-

klärte: „Wer, wie die Deutschen, auf der Basis der Selbstbestimmung seine nationale Einheit erreicht hat, kann Slowenien und Kroatien das Selbstbestimmungsrecht nicht verweigern. Deutschland soll die EG zur Anerkennung der beiden Republiken veranlassen.“ Nur wenige Tage zuvor hatte die EPZ bekräftigt, eine einseitige Unabhängigkeitserklärung von Slowenien und Kroatien nicht anzuerkennen ... [Auch] einige Sozialdemokraten äußerten sich gleichlautend wie Kohl und wollt

ten, wie er, die EG „veranlassen“. Dieser Meinungsumschwung ist nicht ohne einen Blick auf die Medien zu verstehen, die unter Führung der FAZ immer stärker die öffentliche Meinung in dem von Kohl augenommenen Sinne beeinflussten. [...]. – Mit dem Meinungsumschwung setze naturgemäß auch die Suche nach zweckdienlichen Begründungen ein.

Als Codewort wurde der Begriff „Internationalisierung des Konflikts“ gewählt. Aus der Sezession Sloweniens und Kroatiens wurde die Auflösung der Föderation gemacht. Widerstand gegen diese Politik wurde zur Aggression erklärt, was publizistisch leicht zu vermitteln war, da bei dem Widerstand un-

folgende Auffassung:

1. Aussiedlung Slowenen aus Südsteiermark und Kärnten wird von innerdeutschen Behörden bearbeitet. Auswärtiges Amt nur zuständig, soweit Fragen mit auswärtigen Regierungen zu behandeln sind.

2. Umsiedlung Volksdeutscher aus der Gottschee und dem Laibacher Becken in das Reichsgebiet bearbeitet federführend Auswärtiges Amt Kult[ur]politische Abtlg.] B spez. im Benehmen mit Reichsführer-SS und Vertretern Volksgruppe. Umsiedlungvertrag in Vorbereitung, Fertigstellung nächste Woche.*

Erwogen wird in diesem Zusammenhang die Übernahme von 60–70 000 Slowenen durch Italien anzustreben (als teilweise Gegenleistung). Bulgarien soll ebenfalls im jetzt bulgarischen ehemaligen südserbischen Gebiet [Mazedonien] 40–50 000 Slowenen aus Südsteiermark und Kärnten aufnehmen.

3. Botschaft Rom und Gesandtschaft Sofia sind bereits zur Stellungnahme (ohne vorherige offizielle Fühlungnahme mit der Italienischen bzw. Bulgarien Regierung) wegen von Militärberfehlshaber erwünschter Übernahme der

60–70 000 bzw. 40–50 000 Slowenen aufgefordert worden ...

4. Wegen Anfrage Gesandtschaft Agram [Zagreb] ... (Telegramm vom 13. Mai ...) über Aufnahme von Slowenen aus Untersteiermark in Kroatien gegen Abgabe gleicher Zahl Serben aus Kroatien nach Altserbien, desgleichen für an Italien und Bulgarien für ev. Übernahme Slowenen anzubietende Entschädigung erbitte Entscheidung des Herrn [Reichsaußenminister]... herbeiführen. Twardowski [Leiter der Kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin]

*) Umsiedlung der Deutschen aus dem Gottschee-Gebiet und Ljubljana hatten in der zweiten Hälfte April 1941 Hitler und Himmler angeordnet. Das Umsiedlungsabkommen zwischen Italien und Deutschland wurde am 31. August 1941 in Rom abgeschlossen.

„Kroatische Regierung darauf hinweisen, dass die Zahl der illegal aus Kroatien nach Serbien abgeschobenen Serben bereits weit über der von uns geforderten Zahl zu übernehmender Slowenen liegt“
Nr. 145 – Fernschreiben des Auswärtigen Amtes über Probleme der Aussiedlung von Slowenen

5. 10. [1941] ...

An Deutsche Gesandtschaft Agram [Zagreb]...

Bitte bei Kroatischer Regierung durchsetzen, dass fünfundvierzig Tausend Slowenen aus Untersteiermark noch im Laufe des Herbstanfangs übernommen werden. Übernahme ist im Hinblick auf mit Beschleunigung durchzuführende Umsiedlung Volksdeutscher aus der Gottschee unbedingt erforderlich. Bitte Kroatische Regierung darauf hinweisen, dass sie ursprünglich Übernahme von insgesamt hundert siebzig Tausend Slowenen aus der Untersteiermark und Südkärnten zugesagt hatte und dass die Zahl der illegal aus Kroatien nach Serbien abgeschobenen Serben bereits weit über der von uns geforderten Zahl zu übernehmender Slowenen liegt.

Übernahme restlicher fünfundzwanzig Tausend Slowenen aus Südkärnten braucht zurzeit noch nicht zu erfolgen. Luther [Leiter der Abteilung Deutschland im Auswärtigen Amt in Berlin] Quellen aus: Tone Ferenc, Nacisticna raznarodovalna politika v Sloveniji v letih 1941 – 1945. Maribor 1968. (Die nazistische Entvölkerungspolitik in Slowenien in den Jahren 1941 – 1945). •

zulässige Mittel eingesetzt und Menschenrechtsverletzungen begangen wurden. Damit war dann auch der Aggressor gefunden, der zur Anwendung des Kap.VII der UN-Charta erforderlich war. Jetzt hatte man das gewünschte geschlossene System, in dem die Anerkennung der Nachfolgestaaten der SFRJ als neue souveräne Subjekte des Völkerrechts ihren logischen Platz hatte. Der Welt wurde erklärt, dass so der Balkan befriedet werden könnte, in Wahrheit war der Kurzschluss perfekt. [...]. Am 18.05.92 hatte Deutschland einen neuen Außenminister [Genscher /Verf.], der kurz nach seiner Amtübernahme, Serbien in die Knie zwingen‘ wollte... [...]. Wer die Anerkennung Kroatiens wollte, musste in Bosnien mit Krieg rechnen... [...]. Daher hatte auch Izetbegovic dringend vor der Anerkennung Kroatiens gewarnt... [...]. – Die ‚Politik der Internationalisierung‘ hatte, außer der Auflösung der SFRJ, ... kein klares politisches Ziel. Sie unterstützte ein Schwarz-Weiß-Bild, es gab Gut und Böse, zu Schützende und zu Bekämpfende. [...]. – Auch bleibt die Frage offen, ob Ziele, und sei es der ‚Frieden‘ oder die ‚Menschenrechte‘, mit Gewalt oder mit ihrer Androhung verfolgt werden sollen oder können ...[...].⁵

„Kulturkampf mit Heine“: Rüttgers / CDU zum ‚Erbe und Auftrag Europa‘

Die eingangs wiedergegebene Begründung der Jury (20.5.) für ihre Vergabe des diesjährigen Heinrich-Heine-Preises an Peter Handke wurde zehn Tage später vom NRW-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers/CDU scharf angegriffen: Es ginge nicht um das Werk Handkes als Poet und Literat. Es ginge „um sein Verhalten in politischer Hinsicht“ (Kölner Stadt Anzeiger, 31.5.2006). Rüttgers gelang quasi coupartig ein parteienübergreifender Schulterschluß in dieser Sache – und zwar unter dem Motto: ‚Der Heinrich-Heine-Preis kann nur vergeben werden an Literaten, die sich eingesetzt haben bzw. einsetzen für Völkerverständigung und für das friedliche Miteinander in einer Gesellschaft!‘ Damit griff Rüttgers zugleich jenen Teil der Düsseldorfer CDU an, der die o.a. Entscheidung der Jury mitgetragen hatte – u.a. mit derselben Erwägung, die jetzt gegen Handke gekehrt wurde. Der Düsseldorfer OB, Joachim Erwin/CDU, äußerte sich vor diesem Hintergrund einige Tage später wie folgt zum zutage getretenen Gegensatz innerhalb der eigenen Partei:

„Das hat erschrocken ... Die, die dieses Hickhack zu verantworten haben, haben den Heine-Preis beschädigt, das kann man hier nicht bestreiten. Da ist vieles kaputt gegangen, und ich bin erschrocken, wie man hier – das habe ich bislang nur aus der Politik gekannt – in der Literatur und Kunst miteinander umgeht. Es wird schwierig sein, diese

Scherben wieder zu kitten“ (dpa, 8.6.2006). Dass dieses Feld „der Literatur und Kunst“ (Heinrich Heine) längst politisch vorbesetzt war, muss dem Düsseldorfer Oberbürgermeister entweder entgangen sein – oder er hat ganz bewusst dort eine Kraftprobe gesucht: Denn Mitte Februar diesen Jahres, aus Anlass der Feierlichkeiten zum 150. Todestags von Heinrich Heine, war Ministerpräsident Rüttgers nach Paris gereist – dem Ort, wo Heine nach seinem Weggang aus Deutschland lebte bzw. verstarb. Die Berichterstattung des „Kölner Stadtanzeigers“ vom Ablauf vor Ort lässt die politischen Absichten, die Rüttgers dort verfolgte, deutlich werden:

„Dabei präsentiert der Politiker den Poeten als Patrioten. Ausgerechnet Heine! möchte man rufen. Ausgerechnet der Dichter, dessen kritische Bemerkungen über Deutschland lange Zeit für Antipathien im patriotischen Lager gesorgt haben! Im ‚Maison Heinrich Heine‘, dem deutschen Studentenheim in der „Cité universitaire“, führt Rüttgers Fragen auf, die Heine gestellt habe: „Dürfen Deutsche ihr Vaterland lieben? Dürfen sie stolz auf Deutschland sein? Dürfen sie ihre Liebe oder ihren Stolz öffentlich zeigen?“ Da erbleicht der eine oder andere im voll besetzten Saal. – Gerade in Frankreich, so Rüttgers, sei „Patriotismus eine Selbstverständlichkeit“. In Deutschland aber führe das Thema jedes Mal zu „Verkrampfungen und Tabuisierungen“. Gewiss – wer Anstand habe, der empfinde Scham eingedenk der deutschen Verbrechen. Aber: „Es gibt keine Scham über Deutschland ohne Liebe zu Deutschland.“ Denn nur der könne sich schämen, der Emotionen habe. So einer wie Heinrich Heine eben. [...]“

Der Dichter, dessen 150. Todestages am Freitag gedacht wird, ist in Paris stark vertreten – mit 4600 Manuskriptseiten in der Bibliothèque Nationale am alten Stammsitz in der Rue Richelieu. Der NRW-Besuch dient auch dazu, die Digitalisierung dieses Schatzes für das Internetportal des Heine-Hauses in Düsseldorf zu beschließen ... Für Jean-Noel Jeanneney, den Präsidenten der Nationalbibliothek, ist dieses Projekt ein Beitrag zu einem ganz speziellen Kulturmampf. Mit Kollegen anderer europäischer Häuser will er eine eigene Suchmaschine aufbauen, um ‚Google‘ Paroli zu bieten ... Mit den digitalisierten Heine-Seiten aus Paris – vom ‚Wintermärchen‘ bis zum Testament – soll, sagt er, das ‚europäische Kulturerbe‘ gesichert werden. Solche Formulierungen klingen derzeit gar nicht mehr nach einer Sonntagsrede – jetzt, wo die Kollision mit der islamischen Kultur in aller Munde ist.

Auch Rüttgers sorgt sich, wie ‚Europas geistige Wurzeln erhalten bleiben‘ können. Ein solches Internet-Portal, das

schen jetzt die rund 8000 Düsseldorfer Heine-Seiten anbietet, versteht er daher als ‚ein Stück Selbstbehauptung‘. Europa dürfe die Deutungshoheit über sein Erbe nicht aufgeben. Das Europa der Zukunft – dem er ‚mehr Staatlichkeit‘ wünscht – benötige ein stärkeres Bewusstsein für seine kulturelle Basis. Im Gespräch mit deutschen Studenten sagt er es so: ‚Angesichts der aktuellen Gewalttaten muss man sich doch fragen: Wie kann man das alte Europa auch ins nächste Jahrtausend führen?‘ – Eine Antwort führt er an: ‚Wir müssen uns auf die Spielregeln verständigen – und die stehen für Deutschland im Grundgesetz.‘ Eine multikulturelle Gesellschaft habe noch nie funktioniert. Rüttgers drängt daher auf die Integration der Migranten, was nicht mit Assimilation zu verwechseln sei. ‚Wir müssen sagen, was richtig ist und was nicht.‘ Das Frauenbild des Islam beispielsweise sei mit dem seinigen nicht kompatibel. [...]“⁶

Es muss kein direkter Bezug zu aktuellen Entwicklungen hergestellt werden. Aber einem Rüttgers, der von jeher ein Verfechter der Aufrichtung eines außen- und militärischen „Kerneuropas“ unter deutsch-französischer Führung, muss vor allem an der inneren Formierung der öffentlichen Meinung im Vorfeld von auswärtigen EU-Interventionen (wie etwa der anstehenden im Kongo) gelegen sein. Zum einen soll der „Patriotismus“ eine ausreichende ideologische Grundlage dafür hergeben. Zum andern soll die „Deutungshoheit“ über das „richtig und nicht richtig“ in der Zivilgesellschaft für „Selbstbehauptung“ – in der Kontinuität des christlich-abendländischen Europas – sorgen, und zwar durch „mehr Staatlichkeit“. Da passt so einer wie der Peter Handke schlecht für diese Vereinnahmung des Heinrich Heine – ein Handke, der mit Blick auf den historisch weit zurückreichenden „Kulturmampf“ in Kärnten Folgendes für seine Person und sein literarisches Schaffen reklamiert: „Fragen stellen, Dinge in die Schwebe bringen und vom Rand aus beobachten“!
huh, evd

Anmerkungen:

- 1 <http://derstandard.at/druck/?id=2464016>
 - 2 Kärtner Slowenen – aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie; Stichwort: Literatur nach dem Zweiten Weltkrieg
 - 3 Franjo Schruff, Mitarbeiter einer Wiener Rechtsanwaltskanzlei – „Artikel 7 – die verkannte ‚Magna Charta‘ der Minderheiten“; Beitrag in: STIMME von und für Minderheiten
 - 4 Brigitte Entner – „Pregon koroskih Slovencev/Die Vertreibung der Kärtner Sloweninnen und Slowenen“; in: Kärnten glüht auf – <http://www.kdu.at, S. 2>
 - 5 Horst Grabert – „Von der Anerkennung zum Bundeswehreinsatz. Deutsche Politik und der Jugoslawienkonflikt“; in: <http://www.uni-munster.de/PeaCon/wuf/wf-96/9620204m.htm>
 - 6 Martin Oehlen – „Kulturmampf mit Heine“; in: Kölner Stadt Anzeiger – 15.2.2006

14. Juli. Stralsund. Besuch von Präsident Bush in der Bundesrepublik. Aus dem Aufruf der Friedensbewegung: Bush in Deutschland: „Er ist nicht unser Gast!“ Kriege beenden – Kriegsplanungen stoppen! Wir empfangen US-Präsident Bush bei seinem Besuch am 14. Juli 2006 in Stralsund mit gebührend breitem Protest. Seine arrogante Machtpolitik wird mittlerweile von einem Großteil der Gesellschaft in den USA abgelehnt. Auch hier muss ihm deutlich gemacht werden, dass er nicht willkommen ist. Von der Gastgeberin, Bundeskanzlerin Merkel, verlangen wir, dass sie keine Kriegsaktionen gegen den Iran unterstützt. Wir fordern: Kein Krieg gegen den Iran – Abzug der Besatzungstruppen aus Irak und Afghanistan – Schluss mit der Beteiligung von NATO, EU und Bundeswehr an den Kriegen weltweit – Bestrafung aller Verantwortlichen für Folter, Misshandlung von Gefangenen und Angriffen gegen Zivilisten – Eine Atomwaffenfreie Zone in der Region des Nahen und Mittleren Ostens – Eine neue internationale Initiative zu weltweiter systematischer atomarer Abrüstung, wie im Atomwaffensperrvertrag festgelegt – Einrichtung einer ständigen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten – Keine Kriege um Öl oder andere Ressourcen: Ausstieg aus Atom- und fossiler Energie, Einstieg in erneuerbare Energien.

15. Juli Stuttgart. Landesweite Demonstration unter dem Motto „Linke Politik verteidigen! Solidarität aufbauen!“ Gegen die vermehrten Kriminalisierungsversuche linker und antifaschistischer Politik. Auftaktkundgebung ist ab 13 Uhr in der Keplerstrasse vor den Universitätsgebäuden KI/KII – Stadtmitte. Zu der Demonstration ruft das Stuttgarter Bündnis gegen Repression auf, sowie das Antifaschistische Aktionsbündnis Baden Württemberg.

3. bis 6. August. Erfurt. Linke Sommerschule mit den Kursen Wirtschaft, Philosophie und Geschichte. Ankündigung siehe *Politische Berichte* Nr. 11/2006

22. August. Berlin. CDU-Grundsatzkongress

Linke Sommerschule 2006

Kurs Wirtschaft: Interessenlagen auf den Energiemärkten

In diesem Sommer wollen wir uns mit den Interessenlagen der Anbieter und der Nachfrager auf den Märkten für Energie auseinandersetzen, mit den wirtschaftlichen Verhaltensweisen, die sich auf diesen Märkten entwickeln und mit den politischen Strategien, die in die wirtschaftlichen Vorgänge auf diesem Sektor bestim mend mit eingehen. Zu nennen ist hier die politische Absicherung der Lieferung, die Sicherung der Verkehrsw ege, der spezifischen Besteuerung des Verbrauchs, der Bereitstellung und Bewirtschaftung von Reserve(kapazitäten) im „öffentlichen Interesse“ und aus öffentlichen Mitteln.

Kurs Kulturwissenschaften: Nationalstaat und „Weltgesellschaft“

Ein Grund für die Entscheidung, uns ausführlicher mit dieser Thematik zu befassen, war die linke Kritik am EU-Verfassungsvertrag. Es bestand der Eindruck, dass die berechtigte Kritik an der Militarisierung der EU und den sozialen Verwerfungen durch die Internationalisierung der Märkte und Deregulierung sich nahezu unentwirrbar mit Ängsten vor der und Ressentiments gegen die europäische Unionierung und den damit verbundenen Bedeutungsverlust des Nationalstaats vermischt.

Der **Kurs Geschichte** findet im Sommer ebenfalls statt.

Die diesjährige Sommerschule vom 3. bis 6. August findet in Thüringens Landeshauptstadt Erfurt statt. In der Ju-

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	Sept.	Niedersachsen	Kommunal	10.9.	5 Jahre
	Sept.	Meck.-Pomm.	Landtag	17.9.	4 Jahre
	Sept.	Berlin	Land/Kom.	17.9.	5 Jahre
2007	Frühj.	Bremen	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Bremerhaven	Kommunal		4 Jahre
2008	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Hessen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Niedersachsen	Landtag		5 Jahre
2009	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
2010	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre

Quellen: www.bundeswahlleiter.de, Landeswahlleiter

gendherberge „Hochheimer Straße“ tagen wir, in der „JH Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 3 Minuten Fußweg auseinander. Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.



Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 5 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg. Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-West, nehmen die B4 bis zum Stadtring, biegen links in die Schillerstraße (B7) und achten dann auf die Ausschilderung JH.

Die Kosten für Ü/F betragen 21,50 Euro pro Person, ein warmes Mittag-/Abendessen kostet 4,70 Euro, ein kaltes Abendessen 4 Euro.

Da wir als Gruppe gemeldet sind (günstigere Tarife), müssen wir bis Mitte Juli die genaue Anzahl von Teilnehmer melden.

Bitte meldet euch deshalb rechtzeitig und verbindlich bis zum 14. Juli an bei
GNN-Verlag Hamburg, Christiane Schneider,
Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21,
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de